



neueVerwaltung

15. Kongress mit Fachausstellung eGovernment

Verwaltung im Zusammenspiel

Congress Center Leipzig
6. und 7. Mai 2014

www.neueVerwaltung.de

Vorträge des 15. Kongresses neueVerwaltung

ABSTRACTS



dbb
akademie

Diese Publikation enthält einen großen Teil der Kongressvorträge.
Referenten können noch bis zum 20 Juni 2014 Abstracts nach-
reichen.

© dbb akademie
Dreizehnmorgenweg 36
53175 Bonn

15. Kongress neueVerwaltung mit Fachausstellung eGovernment

Verwaltung im Zusammenspiel

Hauptsponsor:	Deutsche Post AG
Partner:	Bundesministerium des Innern Bundesverwaltungsamt dbb beamtenbund und tarifunion VITAKO - Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V.
Medienpartner:	eGovernmentComputing Innovative Verwaltung Kommune 21
Veranstalter:	dbb akademie
URL:	www.neueVerwaltung.de #15nv

Inhalt

So funktionieren Managed Service Projekte – Erfahrungen bei der Umsetzung des Projektes 7.000 Freizeichen Gerd Armbruster, Abteilungsleiter IT Infrastruktur, Stadt Mannheim	8
Adressmanagement in verteilten Systemen Reinhard Babl, EDV-Leiter, Landratsamt Cham	8
Geoportal.de - das Tor zur GeoDatenInfrastruktur-DE Tim Balschmiter, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.....	9
Smart. Flexibel. Individuell. Die mobile Lösung zur grenzübergreifenden Präsentation Ihrer kommunalen Highlights Nicoletta Bauer / Markus Hofmann, Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).....	9
Effizientere Softwareentwicklung durch test-getriebenes Vorgehen Olaf Bechstein, Dipl. Inf., Geschäftsführer und Senior IT-Consultant, Advitec.....	10
Entdecken Sie Deutschlands Datenschätze! Praktische Beispiele für die Potentiale offener Verwaltungsdaten Jan-Ole Beyer, Referat O 1 Grundsatzangelegenheiten u.w., Bundesministerium des Innern	10
Test- und abnahmeorientierte Beschaffung von Softwarelösungen am Beispiel Aktendigitalisierung Jörg Boche, Dipl. Inf., Geschäftsführer und Senior IT-Consultant, Advitec.....	11
Der Weg zum Einsatz einer trägerübergreifenden Kita-Software Jörg Boche, Dipl. Inf., Geschäftsführer und Senior IT-Consultant, Advitec.....	11
Management of Change - Gemeinsam zum neuen IT-Arbeitsplatz. René Böcker, Leiter Funktionsbereich IT-Strategie, Referat Z II 1, Bundesministerium des Innern	12
E-Procurement am Beispiel der Landeshauptstadt Erfurt Denise Böttcher, Abteilungsleiterin Verwaltung/Beschaffung, Personal- u. Organisationsamt, Landeshauptstadt Erfurt	13
Der elektronische Dienstaussweis des Bundes (eDA) - Vorstellung eines Vorgehensmodells für eine erfolgreiche Projektumsetzung Katharina Butzmann, Referentin, Abteilung Verwaltungsmodernisierung und Beratung, Bundesverwaltungsamt	14
Private Cloud für das Land Berlin Thomas Dickmann, Leiter Produktmanagement, ITDZ	15
Prozessoptimierung bei Straßenaufgrabungen: ein Leitungsauskunftsportal für die Metropolregion Rhein-Neckar Fabian Ewert, Projektleiter Leitungsauskunftsportal Bereich Verwaltungsvereinfachung/E-Government, Metropolregion Rhein-Neckar GmbH	15
Mit Big Data zu Effizienz und Transparenz in einer Kommunalverwaltung: Wie aus einfachen Daten komplexe Sachverhalte dargestellt werden Torsten Fisahn, Stadt Lage	16
Gesundheitsnetzwerk Lemgo: Gesundheit geht uns alle an! Andra Giese, KRZ Lemgo	16
Vorstellung der webbasierten Kollaborationsplattform „Arbeitsraum Kommunen Sachsen-Anhalt“ – ArKoSA Sabine Griebisch, Inhaberin informationstraeger.....	17
E-Kabinetts im Freistaat Sachsen Dr. Ute Hanel	17
Referentin, Sächsische Staatskanzlei, Dresden.....	17
Elektronische Zusammenarbeit ganz einfach? Wie die Einheitsaktentechnische Hürden fallen lässt und das Leben aller Beteiligten einfacher macht. Thomas Heucken, Amt für Datenverarbeitung und Kommunikationstechnik, Stadt Witten	18
Wenn die Verwaltung mobil wird – Rechtsfragen des Mobile Governments Dr. Christian Hoffmann, Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.....	19
Nutzung, Chancen und Einsatzmöglichkeiten eines Kundenmanagementsystems für Verwaltungen Klaus Hoffmann, KRZ Lemgo	20

Markus Hofmann siehe -> Nicoletta Bauer (AKDB)

Digitale Zusammenarbeit in einer Kollaborationsplattform am Beispiel des Virtuellen Bauamtes Gero Illema, ITEBO	20
IPv6 Profile als Hilfe im Migrationsprozess Uwe Holzmann-Kaiser, Fraunhofer FOKUS; Technical Manager GEN6,.....	20
Online zum Kita-Platz - der Kita-Navigator Beate van Kempen, Fachbereichsleiterin, ITK Rheinland.....	21
Sichere Datenverarbeitung an den Schulen Dr. Walter Kicherer, Fachberater am Regierungspräsidium Stuttgart.....	22
Die Akzeptanz komplexer IT-Kooperationsmodelle am Beispiel HERKULES Thomas Krampe, Dipl. Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr	23
Markteinführung eines cloudbasierten Schalterverfahrens am Beispiel des Einwohnerinformationssystems Rainer Kremser, Geschäftsbereichsleiter Produkte Kommunen , Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW)	24
Praktische IPv6-Einführung bei einem kommunalen IT-Dienstleister Martin Kregel, Abteilungsleiter Systemprojekte, Citkomm	24
Bürokratieabbau im Dialog Dr. Thomas Kriedel, Vorstandsmitglied der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL).....	25
Berichtswesen im Spannungsfeld von fachlichen Anforderungen, technischen Möglichkeiten und einsetzbaren Ressourcen Martin Kroeger, KRZ Lemgo	26
Die Umsetzung der E-Government Gesetzesinitiative setzt einen Plattform Ansatz voraus. TR-ESOR als Ausgangspunkt für eine skalierbare, effiziente und sichere Technische Umsetzung des E-Government Gesetzes auf Basis von Oracle Komponenten. Jan Lehmann, Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern (DVZ) Ernst Lorenz, Oracle Deutschland BV & Co KG.....	26
Modernes Regierungssteuern mit SaxIB Dr. Daniel Lukas, Referent, Sächsische Staatskanzlei, Dresden	27
Bildungscontrolling neu denken – mit einem Kompetenzmonitoring Dr. Siegfried Mauch, Leiter Bildungs-, Wissens- und Beteiligungsmanagement, Führungsakademie Baden-Württemberg	28
Sinnvoller Einsatz der E-Akte in Ihren Verwaltungsprozessen Martin Montag, Leiter Vertriebskoordination Bayern, Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).....	29
Die Leitlinie des IT-Planungsrats für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung Dr. Andreas Mück, Vorsitzender der Länderarbeitsgruppe Informationssicherheit des IT-Planungsrats, Stabsstelle des IT-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung	29
eAkte bei der Landeshauptstadt Wiesbaden: Wir machen es einfach... Dr. Thomas Ortseifen, Landeshauptstadt Wiesbaden	30
Drei Jahre Koordinierung von IT-Standards in der öffentlichen Verwaltung – drei Jahre KoSIT Lutz Rabe, Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT), Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen	31
Maßgeschneiderte Personal- und Zeitwirtschaft Fabian Rahns, KRZ Lemgo	32
Eine Bugspitze in Sachen Gesundheit voraus! Trainieren Sie Ihre Mitarbeiter für den Alltag Gunda Reimers, Senior Learning Consultant, Know How! AG	32
Moderner Fünfkampf Volker Rombach, Volker Rombach, Citkomm services GmbH	33
DIVSI U25-Studie - Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der digitalen Welt Johanna Schmölz, Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet – DIVSI	33
Überblick über das GEN6 Projekt und Erkenntnisse für die Verwaltung Dr. Heinz-Werner Schülting, Coordinator GEN6, Devoteam GmbH,	34

Mobile Webseiten, Apps und mobile Government – wie verhindere ich das Datenchaos?
 Frank Schwanbeck, Abteilungsleiter eGovernment, Citkomm services GmbH 35

Verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen zur Umsetzung gesetzlicher und strategischer Anforderungen im Freistaat Sachsen
 Dr. H.-Peter Seddig, Referatsleiter, Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Europa 35

10 Jahre dms - Vom Exoten über die Randerscheinung zur Standardbürokommunikation
 Volker Staube, Projektleiter DMS, Dez. 2, Stadt Witten 36

Prozessmanagement - integrierter Bestandteil des europäischen Qualitätsmanagement-Modells CAF
 Dr. Astrid Stein, Referat VM 3, Bundesverwaltungsamt - Deutsches CAF-Zentrum 37

Schüler Online - Übergangsmanagement in einer sicheren Cloud
 Heinrich Tripp, KRZ Lemgo 38

Mobile Web-Apps - Generative Konzepte
 Andreas Wolf, Datenzentrale Baden-Württemberg 38

Wissensmanagement 4.0 – Der Weg zur wissensbasierten Organisation. Bedeutung des Mitarbeiterportals und social media
 Ulrich Zuber, Wissensmanagement und Kommunikation, Wissensmanagementsystem OfficeNet, Bundesverwaltungsamt 38

So funktionieren Managed Service Projekte – Erfahrungen bei der Umsetzung des Projektes 7.000 Freizeichen

Gerd Armbruster, Abteilungsleiter IT Infrastruktur,
Stadt Mannheim

Die Stadtverwaltung Mannheim hat als Managed Service den kompletten Betrieb der Voice-Infrastruktur vergeben. Bei der Ausschreibung standen ausschließlich funktionale Anforderungen im Fokus. Alle Voice Services (Betrieb der Telefonanlagen, Endgeräte, PC Integration, Flat-rates) sollten in einem Portpreismodell abgebildet werden. Als Ausschreibungsform wurde der wettbewerbliche Dialog gewählt. Der Projektleiter Gerd Armbruster wird in seinem Vortrag auch weitere Managed Service Projekte der Stadt Mannheim vorstellen.

Managed Service ist für die Stadt Mannheim die Strategie um die Komplexität der IT in den Griff zu bekommen und die 7*24 Stunden Anforderungen der Kunden zu erfüllen.

Adressmanagement in verteilten Systemen

Reinhard Babl, EDV-Leiter, Landratsamt Cham

Sachstand:

Die Komplexität der Verwaltung von Adressdaten (Anschrift, E-Mail, Telefon, Telefax, Mobil) wird in den Verwaltungen oft unterschätzt. Adressdaten werden in unterschiedlichen Systemen x-fach erfasst und verwaltet. Das führt immer wieder zu fehlerhaften und veralteten Datenbeständen.

Ziele:

Mit der Lösung wird versucht, über ein zentrales Adressverwaltungssystem ca. 4000 Adressdaten dezentral zu pflegen und in ein zentrales Active Directory zu replizieren. Es sollen aber auch Adressdaten aus unterschiedlichen Verzeichnissen (z. B. PKI-Verzeichnis des Freistaates Bayern, Dienststellenverzeichnis) über dieses System in das zentrale AD repliziert werden.

Aufgaben:

Die Pflege der Daten erfolgt in den jeweiligen Kommunen im kommunalen Behördennetz (KombN) oder in den einzelnen Sachgebieten im Landratsamt.

Die Darstellung der Daten erfolgt über das Intranet und über das E-Mailsystem (z. B. Outlook). Für das Mailsystem können dynamische Verteilerlisten nach Funktionen (Bürgermeister, Standesbeamte usw.) generiert werden.

Der Zugriff auf die Adressdaten kann sowohl über das Mailsystem als auch über mobile Devices (Notebooks, Smartphones oder Tablets) erfolgen.

Umsetzungsschritte:

Die Lösung wird derzeit gemeinsam mit der Fa. LivingData entwickelt und ist derzeit in der Testphase. Nach Abschluss des Tests werden die Mitarbeiter in den einzelnen Sachgebieten geschult und die dezentralen Adresssysteme schrittweise abgeschafft.

Geoportal.de - das Tor zur GeoDatenInfrastruktur-DE

Tim Balschmitter, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Die GeodatenInfrastruktur Deutschland (GDI-DE) ist ein Verbundprojekt von Bund, Ländern und Kommunen. Über die GDI-DE werden raumbezogene Daten vernetzt und über das Internet zugänglich gemacht. Dazu sammelt der Geodatenkatalog.de¹ von den GDI-DE Partnern Metadaten zu Geodaten und Geodiensten ein. Diese sind über das Geoportal.de öffentlich zugänglich. Vereinfacht betrachtet beinhalten die Metadaten Informationen zum Ansprechpartner, zum Inhalt, zum Inhaltstypen (z.B. Karte, Anwendung, Text) und zu den Zugangsdaten. Diese müssen die Richtlinien der GDI-DE beziehungsweise von INSPIRE² mittels verpflichtender Inhalte und der Verwendung fest definierter Schemen erfüllen.

Mit der GDI-DE Testsuite³ kann überprüft werden, ob ein Metadatensatz einem der Standards entspricht. Mit Hilfe einer Volltextsuche und einer Suche auf Basis von Geoinformationen (z.B. Lage) können Daten gesucht und gefunden werden. Die Suchergebnisse können vom Nutzer über Filterfunktionen eingeschränkt werden. Neben der Ausgabe der Metadateninhalte können Karten im portaleigenen Viewer angezeigt werden. Zusätzlich werden dem Nutzer GIS-Funktionalitäten zur Verfügung gestellt, mit denen unter anderem Strecken und Flächen gemessen, Kartenlayer beliebig sortiert und deren Transparenzen verändert werden können.

Eine zusammengestellte Karte kann als Email mit einem Link verschickt, als Bild gespeichert, sowie als PDF- oder WMC-Dokument⁴ exportiert werden. Optional besteht die Möglichkeit, das Kartenmaterial über Desktop-GIS Lösungen für eigene Projekte zu nutzen. Hierfür muss ein aus den Metadaten stammender und in den Suchergebnissen angezeigter Link eingebunden werden. Darüber hinaus werden im Geoportal.de vom BKG zusammengestellte Themenkarten veröffentlicht. Dabei handelt es sich um aktuelle Themen, wie zum Beispiel das Hochwasser im Frühjahr 2013. Aus diesem Anlass wurden diverse Karten aus unterschiedlichen Quellen, wie die Hochwasserstände und die Flußpegel zusammengeführt und als eine Karte dargestellt. Neben den Geodaten werden über die Webseite Geoportal.de auch thematische Inhalte der GDI-DE veröffentlicht. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Nachrichten, neue Richtlinien, Gesetzesentwürfe oder Ergebnisse aus den Arbeitskreisen der GDI-DE.

1 eine zentrale Komponente der GDI-DE

2 Infrastructure for Spatial Information in the European Community

3 Eine weitere zentrale Komponente der GDI-DE

4 Web Map Context, ein vom Open Geospatial Consortium standardisiertes XML-Dokument für Kartenzusammenstellungen

Smart. Flexibel. Individuell. Die mobile Lösung zur grenzübergreifenden Präsentation Ihrer kommunalen Highlights

Nicoletta Bauer / Markus Hofmann, Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)

Sind Sie eine moderne Kommune, ein Fremdenverkehrsverband, ein Verein, eine Gemeinschaft oder ein Landkreis? Im Vortrag erfahren Sie wie Sie sich Ihren Bürgern und Besuchern schnell und ohne Aufwand mobil präsentieren können. Dabei können vorhandene Informatio-

nen genutzt, bestehende Services integriert und Bürger live in das Geschehen eingebunden werden. Sie sehen Beispiele für einzelne Kommunen und Gemeinschaften

Effizientere Softwareentwicklung durch test-getriebenes Vorgehen

Olaf Bechstein, Dipl. Inf., Geschäftsführer und Senior IT-Consultant, Advitec

Komplexe Softwareentwicklungsprojekte sind durch eine lange Laufzeit und daher durch die ständige Berücksichtigung neuer Anforderungen gekennzeichnet. Zusätzlich müssen immer wieder während der Projektlaufzeit Basiskomponenten aktualisiert werden. So entsteht die Notwendigkeit, qualitätsgesicherte Softwareversionen in kurzen Zyklen bereitzustellen.

Durch manuelles Testen ist die Sicherstellung der erforderlichen Qualität nur durch den Einsatz enormer Ressourcen oder nur mit gewaltigen Abstrichen möglich.

Im Vortrag wird das testgetriebene Vorgehen im Zusammenhang mit der agilen Entwicklung vorgestellt. Es werden die einzelnen Phasen dieses Ansatzes erläutert und die jeweiligen Ergebnisse beleuchtet. Es wird aufgezeigt, wie durch dieses Vorgehen qualitätsgesicherte Versionen in kurzen Zyklen geliefert werden können.

Entdecken Sie Deutschlands Datenschätze! Praktische Beispiele für die Potentiale offener Verwaltungsdaten

Jan-Ole Beyer , Referat O 1 Grundsatzangelegenheiten u.w.,
Bundesministerium des Innern

Open Data ist seit einigen Jahren ein oft gehörtes Schlagwort. So forderte EU-Vizepräsidentin Neelie Kroes vor einiger Zeit: „Geben Sie Ihre Daten frei, [...] um Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen!“, und eine Vielzahl zivilgesellschaftlichen Organisationen betont den Nutzen offener Verwaltungsdaten für einen transparenten und bürgerorientierten Staat.

Die (volks-)wirtschaftlichen Effekte außen vor gelassen, kann dieser Nutzen grob in drei Kategorien unterteilt werden:

- „Open Data“ fördert staatliche Transparenz, z.B. im Bereich von Haushalt und Finanzen, von Gesetzen und Verordnungen und bezüglich der Arbeit von Parlamenten auf allen Verwaltungsebenen.
- „Open Data“ bietet einen ganz praktischen Nutzen im täglichen Leben. Hierzu zählen z.B. Verkehrsinformationen, Wetterdaten, Daten zum (Wohn-) Umfeld oder in der Bildung.
- „Open Data“ nützt zu guter Letzt auch der Verwaltung selbst, indem das interne Datenmanagement verbessert wird und Daten in der Verwaltungspraxis nachgenutzt werden.“Crowdsourcing“-Ansätze können darüber hinaus dabei helfen, neue Bürgerdienste gemeinsam mit Bürgern zu schaffen und durch einen „Rücktransfer der guten Idee“ auch das Angebot der der Verwaltung selbst zu verbessern.

Der Vortrag zeigt in Form einer Werkschau von kreativen und nützlichen Beispielen, wie viele – oftmals ungeahnte – Nachnutzungen offener Daten es bereits gibt und was möglich wäre, wenn mehr Daten der Verwaltung in geeigneter Form veröffentlicht würden.

Test- und abnahmeorientierte Beschaffung von Softwarelösungen am Beispiel Aktendigitalisierung

Jörg Boche, Dipl. Inf. , Geschäftsführer und Senior IT-Consultant, Advitec

Ein wesentlicher Bestandteil der Vergabeunterlagen für Ausschreibungen ist die sogenannte Leistungsbeschreibung (siehe §7 / § 8 EG VOL/A). Sie enthält die „...eindeutige und erschöpfende Beschreibung des Leistungsgegenstandes...“. Bei der Ausschreibung komplexer Softwaresysteme kommt es trotz umfassender Leistungsbeschreibung (LB) zu folgenden Problemen:

- Anforderungen werden nur teilweise verstanden.
- Die Vorstellungen über die Softwarelösung auf Auftragnehmer- & Auftraggeberseite gehen auseinander.
- Es herrscht Unklarheit darüber, ob die Anforderungen erfüllt sind.
- Es sind Nachverhandlungen und ggf. teure Nachbeauftragungen erforderlich.

In diversen Praxisprojekten wurde ersichtlich, dass strukturierte Anforderungsbeschreibungen neben einer klareren Verständlichkeit für Auftragnehmer und Auftraggeber außerdem den entscheidenden Vorteil einer transparenten Angebotsbewertung, den Test und die Abnahme aufweisen.

Mit der Szenariotechnik wird eine Möglichkeit zur strukturierten Anforderungsanalyse anhand eines Praxis-beispiels vorgestellt. Es werden der Aufbau der Szenarien und deren Verwendung zur Anforderungsspezifikation, als Testfälle und als Abnahmekriterien dargelegt.

Der Weg zum Einsatz einer trägerübergreifenden Kita-Software

Jörg Boche, Dipl. Inf., Geschäftsführer und Senior IT-Consultant, Advitec

Kita-Software-Lösungen nehmen zu. Städte unterschiedlicher Größen haben bereits Elternportale für eine trägerüberreifende Kita-Platz-Anmeldung eingeführt. Inzwischen hat sich auch eine Vielzahl an Anbietern von Kita-Software am Markt platziert.

Fragen auch Sie sich, ob der Einsatz einer trägerübergreifenden Kita-Software für Ihre Kommune das Richtige ist und was Sie alles bei der Einführung eines solchen Systems beachten sollten? Wenn ja, dann sind sie in diesem Vortrag genau richtig. Aus diversen Erfahrungen bei der Begleitung von Ausschreibungen von trägerübergreifenden Kita-Software-Lösungen haben wir in diesem Vortrag best-practice-Ansätze für Sie zusammengestellt.

Hier wird erläutert,

- warum ein solches System für eine Kommune wichtig ist
- welche Lösungen es bereits auf dem Markt gibt
- wie sie die unterschiedlichen Träger einbinden können
- welche Schritte Sie bei einer Ausschreibung einplanen müssen
- wieviel Zeit dafür einzuplanen ist
- und mit welchen Kosten Sie rechnen sollten.

Management of Change - Gemeinsam zum neuen IT-Arbeitsplatz.

René Böcker, Leiter Funktionsbereich IT-Strategie, Referat Z II 1,
Bundesministerium des Innern

Veränderungsmanagement („Management of Change“) wird bislang überwiegend im Zusammenhang mit Änderungen in der Organisationsstruktur eingesetzt. Bei Neueinführungen und Veränderungen in der IT ist es noch die Ausnahme; meist steht hier die Technik im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Implementierung eines neuen IT-Systems beschränkt sich jedoch nicht auf die Technik, sondern bringt auch Anpassungen der rationalen Arbeitsprozesse und der emotionalen Umgebung („Wohlfühlfaktor des Bekannten“) mit sich. Als Folge werden zahlreiche neue Anforderungen an das Wissen, die Fähigkeiten und das Verhalten aller beteiligten Personen gestellt.

Zur Motivation des Veränderungsmanagements gehört im Wesentlichen die Ansicht, dass Effizienzsteigerungen nicht automatisch durch die Einführung neuer Systeme oder Prozesse eintreten, sondern nur dann, wenn die Betroffenen neue Systeme und ihre Funktionen anwenden. Voraussetzung dafür ist, dass bereits frühzeitig im Projektverlauf Betroffene zu aktiv Beteiligten des Projektes gemacht werden.

Mit dem Projektauftrag „Definition einer neuen Arbeitsplatzumgebung für die IKT-Servicegemeinschaft des BMI“ wurde das Projekt „BMI Client 2.0“ ins Leben gerufen. Ziel des Projektes war es, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern (BMI), der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM), der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) und dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DfK) eine moderne, normenkonforme, sichere und schnelle IT-Arbeitsplatzumgebung zu schaffen.

Bei der Umsetzung wurde der bestehende IT-Arbeitsplatz ganzheitlich betrachtet; eine Vielzahl von alten Entscheidungen und Sonderlösungen wurden auf den Prüfstand gestellt. Das Projekt war durch seine Komplexität, Dauer, seinen Umfang und technische Zusammenhänge mit einer Vielzahl weiterer, behördenübergreifender Projekte, Akteure und Prozesse verbunden. Gleichzeitig war es zusätzlich von einer fortschreitenden technologischen Entwicklung beeinflusst.

Kernbestandteil des neuen Standard-Arbeitsplatzes sind heute insbesondere Windows 7, Office 2010, ein neues Vorlagensystem, mehr eigenständige, plattformübergreifende Konfigurierungsmöglichkeiten für den Nutzer sowie eine Reduzierung der Dauer des Anmeldeprozesses um rund 50 %.

Der Vortrag gibt einen Überblick über die konzeptionellen Ansätze des Veränderungsmanagements, welche das Projekt von der Planungsphase bis zur Abschlussphase begleitet haben. Durch gezielte Maßnahmen wurde die Einführung des neuen IT-Arbeitsplatzes nachvollziehbarer gestaltet. Zielgruppenspezifische Informations- und Weiterbildungsangebote wurden bereitgestellt und dadurch sowohl die technische als auch anwenderbezogene Umstellung unterstützt. Exemplarisch wird dargestellt, welche methodischen Ansätze in den einzelnen Projektphasen gewählt wurden: Benutzerbefragung und Workshops während der Entwicklung, individuelle Betreuung in der Testphase, ein „Windows 7 Café“ beim Übergang in

die Pilotphase sowie den Rollout begleitende Unterstützung. Im Vortrag wird dabei nicht nur auf Erfolge und gewonnene Synergieeffekte, sondern auch auf Fehleinschätzungen und Rückschlüsse eingegangen.

E-Procurement am Beispiel der Landeshauptstadt Erfurt

Denise Böttcher, Abteilungsleiterin Verwaltung/Beschaffung,
Personal- u. Organisationsamt, Landeshauptstadt Erfurt

Ziele des Projektes:

Schaffung einer eigenen und einheitlichen Bestellplattform für die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe mit:

- verbindliche einheitliche Standards
- Abruf von Umweltkriterien für gelistete Artikel (z.B. Sicherheitsdatenblätter, Nutzungshinweise u.a.)
- Trennung des strategischen vom operativen Einkauf
- Prozessoptimierung in der Zentralen Beschaffungsstelle für den Einkauf und die Vergabeprozesse
- Optimale Unterstützung und Stärkung des operativen Einkauf in den Organisationseinheiten, mehr Potential für Fachaufgaben

Chronik des Projektes

2010 Projektauftrag des Oberbürgermeisters zur Einführung des elektr. Einkaufs

2011 Durchführung eines öffentlichen Teilnehmerwettbewerbs zur Markterkundung mit 8 Teilnehmenden. 5 Unternehmen werden für beschränkte Ausschreibung ausgewählt. Zuschlag für TEK Service AG

Bilanz nach 18 Monaten:

- 224 angelegte Besteller
- 260 angelegte Kostenstellen
- fünf aktuelle Lieferanten
- 1600 gelistete Artikel
- Bestellwert per 31.12.2012 ohne Büromaterial 250.000 €
- 5811 Bestellpositionen per 31.12.2012
- zusätzlich nachgefragte Artikel 362

Aktuelle Bilanz nach 24 Monaten:

- nahezu Verdopplung des Beschaffungsvolumens
- sämtliche Eigenbetriebe, Beteiligungen und Außenstellen sind in unsere Lösung integriert (verwaltungsinterne Einkaufskooperation)
- Schnittstelle für örtlichen Buchhandel

Neue Ziele

- Die Einkaufsstrategie ausbauen
- Erweiterung des Produktangebots

- die Prozesse zunehmend verschlanken und optimieren, wichtigste Zielsetzung ist dabei die Einführung der elektronischen Rechnungsverarbeitung auf dem Weg des Gutschriftverfahrens.

Der elektronische Dienstausweis des Bundes (eDA) - Vorstellung eines Vorgehensmodells für eine erfolgreiche Projektumsetzung

Katharina Butzmann, Referentin, Abteilung Verwaltungsmodernisierung und Beratung, Bundesverwaltungsamt

Die öffentliche Verwaltung muss sich daran messen lassen, ob sie Sicherheitsstandards einhalten und ihren Mitarbeitern den notwendigen Komfort im Arbeitsalltag bieten kann. Dafür ist eine kontinuierliche Modernisierung der Verwaltung notwendig. Der neue elektronische Dienstausweis trägt seinen Teil dazu bei.

Als Hochsicherheitsdokument ist der elektronische Dienstausweis eine für alle Bundesbehörden einheitlich gestaltete Ausweiskarte im Chipkartenformat. Durch eine Vielzahl an verschiedenen Sicherheitsmerkmalen bietet er ein Höchstmaß an Fälschungssicherheit. Mit Hilfe des integrierten kontaktlosen Speicherchips können zahlreiche Anwendungen wie Zeiterfassung, Zutrittskontrolle oder Bezahlungsfunktion auf dem Ausweis vereint werden, die bisher mit separaten Karten und Papiausweisen realisiert wurden. So bietet der elektronische Ausweis mehr Sicherheit und Komfort im Arbeitsalltag.

Ein Projektteam der Organisationsberatung des Bundes begleitet derzeit ein Bundesministerium bei der Einführung des elektronischen Dienstausweises. Dabei handelt es sich für die Organisationsberatung um ein neuartiges Projekt mit Pilotcharakter. Die Projektdurchführung erfolgt in referats- und abteilungsübergreifender Zusammenarbeit mit verschiedenen Bereichen des Bundesverwaltungsamtes. Das Projektteam vor Ort wird durch Experten des elektronischen Zeit- und Personalmanagements sowie der Bundesstelle für Informationstechnik unterstützt.

Zunächst hat das Projektteam im Rahmen der Bestandsaufnahme und Analyse verschiedene Vorschläge zur Einführung des elektronischen Dienstausweises erarbeitet. Dabei ergaben sich vielfältige Fragestellungen zu den verschiedenen Ausweisarten im Ministerium, zu den unterschiedlichen Anwendungsmöglichkeiten des elektronischen Dienstausweises, zum Empfängerkreis sowie zum elektronischen Beantragungs- und Verwaltungssystem. Ebenso hat das Projektteam die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für den Aufbau einer Dienstausweisstelle an den verschiedenen Behördenstandorten überprüft.

Derzeit werden die organisatorischen, technischen und personellen Maßnahmen zur Einführung des elektronischen Dienstausweises durchgeführt. Neben der technischen Realisierung des elektronischen Bestell- und Verwaltungsverfahren ist die Zustimmung der Personalvertretung ein wichtiger Meilenstein des Projektes. Sobald alle Voraussetzung geschaffen sind, wird ein Pilot-Roll-out mit ausgewählten Organisationseinheiten durchgeführt.

Das Besondere an diesem Projekt sind die zahlreichen Projektbeteiligten mit einer Vielzahl von Schnittstellen zu Zentralbereichen, Gremien und Firmen, insbesondere der Bundesdruckerei als Hersteller und Lieferant des elektronischen Dienstausweises. Hierbei zeigt sich, wie wichtig

eine partnerschaftliche Projektkultur ist, die durch Verantwortungsbewusstsein, vertrauensvolle Zusammenarbeit und eine offene Kommunikationskultur gekennzeichnet ist.

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum elektronischen Dienstaussweis sieht eine flächendeckende Einführung des elektronischen Dienstaussweises in der Bundesverwaltung bis zum Jahr 2015 vor. Damit ist zu erwarten, dass die mit diesem Projekt gesammelten Erfahrungen auch in Folgeprojekten genutzt werden können.

Private Cloud für das Land Berlin

Thomas Dickmann, Leiter Produktmanagement, ITDZ

Mit der Private Cloud für das Land Berlin werden die Möglichkeiten einer Cloud-Infrastruktur mit den Erfordernissen der öffentlichen Verwaltung z. B. zur IT-Sicherheit verbunden. Im Rahmen des Vortrags werden wesentliche Merkmale der Lösung aus den Blickwinkeln des Anbieters und der Verwaltung vorgestellt. Auch das stufenweise Vorgehen bei der Realisierung wird im Rahmen des Vortrags aufgezeigt

Prozessoptimierung bei Straßenaufgrabungen: ein Leitungsauskuftsportal für die Metropolregion Rhein-Neckar

Fabian Ewert, Projektleiter Leitungsauskuftsportal Bereich
Verwaltungsvereinfachung/E-Government, Metropolregion Rhein-Neckar GmbH

Ausgangssituation bei Leitungsauskuften

Im öffentlichen Straßenverkehrsraum werden jährlich hunderte Straßenaufgrabungen von unterschiedlichen Maßnahmenträgern durchgeführt. Im Zuge der Energiewende und des Ausbaus der Breitbandnetze ist zudem mit einem erheblichen Anstieg an Straßenaufgrabungen in den kommenden Jahren zu rechnen. Bevor jedoch die Bagger anrollen, müssen bei den Netzbetreibern (z.B. Verwaltungen, Energieversorger oder Telekommunikationsanbieter) immer Auskünfte über die bereits im Boden verlegten Leitungen eingeholt werden. Hinzu kommt, dass Bauunternehmen oftmals in verschiedenen Kommunen der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) tätig sind, sodass sie mit unterschiedlichen Behörden und Leitungsträgern Kontakt aufnehmen müssen.

Das bedeutet in der Praxis, dass Maßnahmenträger bzw. die beauftragten Ingenieurbüros in der Planungsphase jeden Netzbetreiber identifizieren und separat ansprechen müssen. Kurz vor Baubeginn sind zusätzlich die Bauunternehmen gesetzlich dazu verpflichtet, ein weiteres Mal die aktuellen Leitungspläne der Baustelle einzuholen, um Haftungsfragen in der Bauphase zu klären. Auch auf Seiten der Netzbetreiber verursachen die Anfragen einen hohen Aufwand, da diese immer dokumentiert und archiviert werden müssen. Dreh- und Angelpunkt für Informationen zu Ansprechpartnern bei den Netzbetreibern sind derzeit in der Regel die verschiedenen Bauverwaltungen, die hierdurch häufig eine hohe Koordinierungsaufgabe wahrnehmen. Um diesen Prozess effizienter zu gestalten und alle Beteiligten zu entlasten, zielt das Projekt auf die Konzeption eines Portals für Leitungsauskuften in der MRN.

Lösungsansatz und Ziel

Ein zentraler und rechtssicherer Zugriff über ein regionales Portal ermöglicht es, die erforderlichen Leitungsträger zu identifizieren und Leitungsauskünfte sowie Pläne schnell und unkompliziert einzuholen. Insbesondere durch die kooperative Vorgehensweise auf regionaler Ebene besteht ein erheblicher Mehrwert: Eine regional einheitliche Portallösung bietet einen zentralen Einstiegspunkt, verbessert die Kommunikation zu den verschiedenen Ansprechpartnern und beschleunigt das Einholen sowie Erteilen von Leitungsauskünften erheblich.

Für die Anfragenden ist es wichtig zu wissen, von wem eine Auskunft einzuholen ist, wer die zuständigen Ansprechpartner sind und welche Leitungsträger gar nicht angefragt werden müssen. Um dies zu erreichen, müssen keine genauen Lagedaten der Leitungen offengelegt werden, sondern lediglich die Information, dass sich dort Leitungen eines bestimmten Leitungsträgers befinden. Die Anfragenden profitieren von der einfacheren Kommunikation und die Leitungsträger erhalten nur noch Anfragen, die sie tatsächlich betreffen. Zudem sind Kommunen häufig selbst in der Rolle des Maßnahmenträgers und profitieren daher zusätzlich von einem zentralen Zugang zu Leitungsauskünften. Die elektronische Abwicklung von Leitungsauskünften kann den Kommunen daher auch einen schnelleren Start der notwendigen Baumaßnahmen ermöglichen.

Mit Big Data zu Effizienz und Transparenz in einer Kommunalverwaltung: Wie aus einfachen Daten komplexe Sachverhalte dargestellt werden

Torsten Fisahn, Stadt Lage

Demographischer Wandel, Stadtentwicklung oder interne Geschäftsprozessoptimierung – für viele sensible und komplexe Aufgabenstellungen müssen Konzepte erstellt, präsentiert und fortgeschrieben werden – und das in immer kürzeren Zeitabständen. Ein effizientes Management der Daten ermöglicht maximale Transparenz für Verwaltung, Politik und Bürger durch themenspezifisches Reporting, Kartendarstellung und 3D-Visualisierungen.

Gesundheitsnetzwerk Lemgo: Gesundheit geht uns alle an!

Andra Giese, KRZ Lemgo

Der Ruf nach einem vielfältigen, ausgewogenen und an den Lebensphasen ausgerichteten betrieblichem Gesundheitsmanagement wird vor den Auswirkungen der Demografischen Entwicklung auch im kommunalen Bereich immer lauter – zu Recht. Auf der anderen Seite regieren leere Kassen das Geschehen in den Kommunen. Dass umfangreicher Gesundheitsschutz mit geringsten Mittel möglich ist, verdeutlicht der Vortrag am Beispiel des Gesundheitsnetzwerks Lemgo, das im Jahr 2009 durch das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) gemeinsam mit seinen Kooperationspartnern ins Leben gerufen wurde, und gibt darüber hinaus praktische Tipps zur Konzeptionierung und Einführung eines ganzheitlichen Gesundheitsmanagements unter dem Motto „ohne Moos viel los“.

Vorstellung der webbasierten Kollaborationsplattform „Arbeitsraum Kommunen Sachsen-Anhalt“ – ArKoSA

Sabine Griebisch, Inhaberin informationstraeger

Komplexe Sachverhalte und Projekte erfordern eine verstärkte behörden- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit. Im Land Sachsen-Anhalt geschieht dies unter anderem im Rahmen der Hederslebener Runde, in der sich zahlreiche Vertreter des Landes Sachsen-Anhalt, der Wirtschaftsförderung und der Kommunen über aktuelle Entwicklungen der kommunalen IT informieren sowie Erfahrungen untereinander austauschen und anschließend diskutieren. Diese Runde soll noch im Frühjahr 2014 durch eine Kollaborationsplattform ergänzt werden, die gemeinsame Aufgaben bündelt und so eine gemeinsame Bearbeitung optimal unterstützt. Die Kollaborationsplattform wird weiterhin eine stetige Kommunikation der Akteure untereinander fördern sondern auch Projektergebnisse dokumentieren, um diese nachvollziehbar zu machen.

Die Kollaborationsplattform ArKoSA (Arbeitsraum Kommunen Sachsen-Anhalt) setzt sich typisch für eine Kollaborationsplattform aus den Elementen Kommunikation, Koordination und Kooperation zusammen. ArKoSA legt mit einer großen Bandbreite an Kommunikationsmöglichkeiten (synchrones und asynchrones Messaging, Kontaktmanagement), in der Phase seiner Einführung, den Fokus auf das Element Koordination. Die bestehenden Arbeitsgruppen, Themen und Aufgaben werden in dieser Phase im System abgebildet. Zusätzlich können externe Fachleute beteiligt werden.

Kernstück von ArKoSA ist das Informations- und Wissensmanagement. Die Arbeitsgruppen legen hier Dokumente ab und bearbeiten sie gemeinsam. Die Dokumente können verschlagwortet und georeferenziert werden, sodass auch räumliche und thematische Zuordnungsvorschläge zu Arbeitsgruppen oder Einzelpersonen möglich ist.

Themen der Kollaborationsplattform werden die Einführung und Integration von De-Mail, die Beschreibung von Verwaltungsprozessen, die Arbeit am Aktenplan sowie eine gemeinsame Krisen- bzw. Katastrophenkommunikation sein, die bspw. auch auf Daten des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft zugreifen kann und so eine abgestimmte Kommunikation in den z.B. sozialen Netzwerken ermöglicht.

Vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels unterstützt die Plattform eine Mentoringfunktion, die durch das Wissensmanagement gespeist wird, neue Mitarbeiter oder für ein Projekt abgestellte Mitarbeiter können sich so schnell und unmittelbar einarbeiten.

Der Vortrag stellt die Kollaborationsplattform ArKoSa im Betrieb vor.

E-Kabinett im Freistaat Sachsen

Dr. Ute Hanel

Referentin, Sächsische Staatskanzlei, Dresden

Eine moderne Regierung nutzt auch ein modernes Kabinettsverfahren. Doch wie kann ein über die Ressortgrenzen hinweg angelegter Prozess möglichst einfach elektronisch und medien-

bruchfrei organisiert und abgewickelt werden? Welche Instrumente sind bereits etabliert und lassen sich dafür nutzen?

Der erste Schritt bestand im Jahr 2010 in der Ablösung von Papierdokumenten für Sitzungen der Staatssekretäre (Vorkonferenz) und Staatsminister (Kabinetts) durch PDF-Dateien, gespeichert auf USB-Sticks und die Ausstattung des Kabinettsaales mit Notebooks. Doch dabei blieb es nicht. Die IT-gestützte Vorgangsbearbeitung, die damals bereits in einigen Behörden im Freistaat Sachsen im Einsatz war, wurde der Ideengeber, um einen möglichst vollständigen elektronischen Kabinettsprozess abzubilden. Erstmals stellte das Programm VIS.SAX „TOP-DOWN“ seine Einsatzstärke beim Kabinettsverfahren - neudeutsch E-Kabinetts genannt - unter Beweis.

Für das Projekt E-Kabinetts entwickelten im Jahr 2010 die Sächsische Staatskanzlei (SK) und das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Europa (SMJus) ein gemeinsames Konzept und Verfahren. Mittels IT-gestützter Vorgangsbearbeitung (VIS.SAX) wurde für den Kabinettsprozess der acht Ressorts und der Staatskanzlei ein gemeinsames Vorgehen konzipiert und gemeinsam implementiert. Diese beiden Bausteine (elektronische Sitzungen und elektronischer Kabinettsprozess über die Ressortgrenzen hinweg) sind bis zum Jahr 2012 in verschiedenen Etappen erfolgreich zum Laufen gekommen. Aktuell soll nun ein ressortübergreifendes elektronisches Informations- und Ablagesystem für die Kabinettsarbeit etabliert werden. Hier steht der Gedanke einer „Bibliothek“ für Kabinettsvorhaben im Vordergrund (Baustein 3).

Der Vortrag beinhaltet zwei Komponenten: Erstens wird gezeigt, wie diese elektronische Kabinettsarbeit ganz praktisch funktioniert. Zweitens soll in dem Vortrag auf Phasen des Veränderungs- und Akzeptanzmanagements eingegangen werden, die beim Ablösen von Routinen auf den obersten Führungsebenen und beim Etablieren eines neuen ressortübergreifenden Prozesses TOP-DOWN für das Projekt besonders herausfordernd waren.

Elektronische Zusammenarbeit ganz einfach? Wie die Einheitsaktentechnische Hürden fallen lässt und das Leben aller Beteiligten einfacher macht.

Thomas Heucken, Amt für Datenverarbeitung und Kommunikationstechnik,
Stadt Witten

Der Vortrag beschreibt das Konzept der einheitlichen Aktenstruktur für allgemeines Schriftgut und die fachbezogenen Akten, sowie dessen Entstehung und Umsetzung.

In Jahre 2004 wurde vom Verwaltungsvorstand die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems für die Stadt Witten beschlossen. Hierbei sollte es sich um ein Programm für alle Verwaltungsbereiche handeln, um eine reibungslose Zusammenarbeit der einzelnen Fachbereiche zu ermöglichen.

Begonnen wurde wie allgemein üblich mit der Einführung in Teilbereichen, wie z.B. die Ablösung der Mikroverfilmung im Steueramt. Zunächst war DMS eigentlich nur der Ablageort für elektronische Dokumente. Im Jahre 2009 wurde in der Wohngeldstelle die erste digitale Akte eingeführt. Im weiteren Verlauf folgten die Ämter 15 (Amt für Datenverarbeitung) und 30 (Rechtsamt) sowie der Eigenbetrieb Stadtentwässerung. Dazu kam die Entwicklung einer allgemeinen Schriftgutverwaltung für die nicht fachbezogenen Akten.

Für die Fachakten wurde jeweils mit den handelnden Personen die Metadatenstruktur der elektronischen Akte individuell entwickelt. Dies hat sehr stark die Akzeptanz im Fachbereich gefördert, führte aber dazu, das z. B. beim Querschnittsamt 14 (RPA) der Umgang mit dem DMS durch die verschiedenartigen Akten mit jedem weiteren Fachbereich komplizierter wurde, da sich die dort tätigen Personen an immer neue Aktenstrukturen, mit denen sie teilweise nur selten in Berührung kamen, gewöhnen mussten.

In diesem Moment wurde absehbar, dass das DMS bei Stellen mit Querschnittsfunktion, wie z.B. auch auf Dezernentenebene, unkomfortabel werden würde. Dazu kam, dass im Hinblick auf die bevorstehende Rathaussanierung die Papierakten bald der Vergangenheit angehören sollen. Dazu ist es aber notwendig die Verbreitung des DMS schneller voran zu treiben. Die Entwicklung einer individuellen Akte für den einzelnen Fachbereich und die anschließende Pflege des Rechtssystems binden in hohem Maße Ressourcen, die eigentlich nicht zur Verfügung stehen.

Aus diesem Grund haben wir eine einheitliche Aktenstruktur mit den notwendigen Metadaten und ein bereichsübergreifendes Rechtekonzept entwickelt. Natürlich werden auch die individuellen Wünsche des Fachbereichs berücksichtigt, allerdings so, dass sich auch fachbereichsfremde Personen damit zurechtfinden. Die technische Realisierung von Workflows, das „zur Verfügung stellen“ von Akten für Dritte und nicht zuletzt die Schulung und Betreuung der Kolleginnen und Kollegen gestaltet sich nun wesentlich einfacher.

Auch lässt sich die „Einheitsakte“ durch kleine AddOns sehr komfortabel erweitern - bei individuellen Akten müssten auch diese AddOns individuell erstellt werden. Der mobile Zugriff musste nur einmal konfiguriert werden und kann so schnell und unkompliziert zur Verfügung gestellt werden. Nicht zuletzt verringert sich auch in der Zukunft die Einarbeitung der Mitarbeitenden, die von einem Fachbereich in den anderen wechseln. Derzeit wird die „Einheitsakte“ in 3 Bereichen bereits eingesetzt, ein Bereich befindet sich gerade in der Umstellung auf die digitale Akte und für das Jahr 2014 planen wir die Einführung in 5 weiteren Bereichen, unter anderem dem Verwaltungsvorstand.

Wenn die Verwaltung mobil wird – Rechtsfragen des Mobile Governments

Dr. Christian Hoffmann, Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften
an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Immer mehr Städte und Gemeinden haben bereits eigene Applikationen für Smartphones und Tablets (sog. Apps). Damit können Bürger z. B. defekte Ampeln oder Schlaglöcher in ihrer Umgebung melden oder andere Bürgerdienste direkt vom Handy in Anspruch nehmen. Abgeleitet vom Begriff des E:Commerce wird das Bereithalten von Verwaltungsdienstleistungen auf mobilen Endgeräten als M:Government (Mobile Government) bezeichnet.

Der Weg zu einer eigenen App ist jedoch mit vielen Herausforderungen verbunden. Neben den Entwicklungs- und monatlichen Unterhaltungs- bzw. Pflegekosten muss vor allem eine Reihe von rechtlichen Aspekten bedacht werden. Dies wird dadurch erschwert, dass aufgrund der Aktualität der Technologie viele Rechtsfragen noch nicht abschließend geklärt sind. Auch gerichtliche Entscheidungen finden sich zu diesem Themenkomplex kaum.

Öffentliche Stellen sind bei der Realisierung einer App meist auf die Unterstützung externer Unternehmen angewiesen. Tatsächlich hat sich im Bereich der App:Entwicklung innerhalb von kurzer Zeit ein hart umkämpfter Markt entwickelt. Bereits im Rahmen des Vertrages mit dem Softwarehersteller gibt es einige wichtige Punkte zu beachten, auf die im Vortrag eingegangen wird.

Der Vortrag wird sich darüber hinaus mit den typischen Fragestellungen befassen, die bei der Realisierung von mobilen Applikationen beachtet werden müssen. Dazu zählen insbesondere das Urheber: und das Datenschutzrecht.

Nutzung, Chancen und Einsatzmöglichkeiten eines Kundenmanagementsystems für Verwaltungen

Klaus Hoffmann, KRZ Lemgo

Am Beispiel eines angepassten Microsoft CRM Systems werden die vielfältigen Einsatzbereiche dargestellt. Die Nutzung geht weit über die reine Verwaltung von Kunden- und Unternehmensbeziehungen (z.B. für die Wirtschaftsförderung) hinaus. Vom Servicedesk über das Schulungsmanagement bis zu Beschaffung und Berichtswesen wird das System genutzt und kann bedarfsgerecht und individuell angepasst werden

Markus Hofmann siehe -> Nicoletta Bauer (AKDB)

Digitale Zusammenarbeit in einer Kollaborationsplattform am Beispiel des Virtuellen Bauamtes

Gero Illemann, ITEBO

Der Vortrag beschreibt den Einsatz einer internetbasierten Kollaborationsplattform zur medienbruchfreien, digitalisierten und rechtskonformen Gestaltung des Baugenehmigungsprozesses. Am virtuellen Bauamt wird beispielhaft die Arbeit in einer internetbasierten Kollaborationsplattform aufgezeigt. Alle am Baugenehmigungsprozess Beteiligten können entsprechend ihrer Rechte auf Dokumente zugreifen, diese mit Werkzeugen bearbeiten und zugleich miteinander kommunizieren.

IPv6 Profile als Hilfe im Migrationsprozess

Uwe Holzmann-Kaiser, Fraunhofer FOKUS; Technical Manager GEN6,

Die Einführung von IPv6 stellt verschiedenste Anforderungen. Neben der Organisation von Adressen, Netzwerkplanung und Reorganisation sind auch Beschaffungen, Ausschreibungen und alle existierenden Geräte in einem Netzwerk betroffen.

Es ist daher für die Verwaltungen essenziell, bereits in heute aktuellen Beschaffungen die technische Fähigkeit zum Einsatz von IPv6 zu berücksichtigen. Aufgrund fehlender Erfahrung

können die damit verbundenen Anforderungen an Hard- und Software zurzeit jedoch nur begrenzt strukturiert in einem Beschaffungsvorgang aufgeführt werden. Hinzu kommt, dass es nicht "das IPv6" gibt, sondern unterschiedliche Komponenten bestimmte Eigenschaften und Funktionen unterstützen müssen, die bei anderen Komponenten entbehrlich sind. Im Auftrag des Bundesverwaltungsamtes wurden daher IPv6-Profile erarbeitet, die für funktionale IT-Komponenten die jeweils zu fordernden

Anforderungen strukturiert dokumentieren. Diese IPv6-Profile sind damit eine wesentliche Grundlage für die Verwaltungen, um aktuelle Beschaffungsprozesse bereits mit Blick auf eine spätere IPv6-Einführung zu optimieren. Somit können die Voraussetzungen für die technische IPv6-Fähigkeit der örtlichen IT sukzessive geschaffen werden. In einem späteren, konkreten Einführungsprojekt ist für neu beschaffte Komponenten sichergestellt, dass grundlegende Anforderungen erfüllt sind und damit der Bedarf für außerplanmäßige Investitionen deutlich reduziert werden kann.

Werden zum Zeitpunkt eines Einführungsprojekts noch vorhandene Geräte weiter betrieben, so stellt sich hier spätestens jetzt die Frage, ob diese Geräte bestimmte Eigenschaften und Funktionen von IPv6 unterstützen, ob sich die Funktionen durch ein Firmware Update erreichen lassen oder ob doch eine Beschaffung ansteht. Sofern die Hersteller in der Lage sind über die implementierten IPv6 Funktionen Auskunft zu geben, kann man mit den entwickelten Profilen auch eine Bewertung vorhandener Hardware auf IPv6 Funktionalität durchführen. Dies gibt im Ansatz Aufschluss darüber, ob "es funktionieren könnte". Da Spezifikationen nicht immer einer vollständigen Implementierung entsprechen müssen, wird man letzte Sicherheit dennoch erst in praktischen Tests erhalten.

Die entstandenen Profile sind als ein Hilfsmittel sowohl im Beschaffungsprozess als auch bei der Bewertung von Hardware zu sehen. Die Einsatzszenarien für Geräte sind von vielen Faktoren abhängig und können nicht vollständig in den Profilen abgebildet werden. Damit ist auch das Abweichen von den Anforderungen möglich, solange man die Abweichungen und Gründe dafür dokumentiert.

Mit fortschreitender Reife der IPv6 Implementierungen und eines homogenen Realisierungsumfangs durch die Hersteller werden die vorgestellten Profile zum Stand der Technik werden – bis dahin aber sind sie ein probates Hilfsmittel im Migrationsprozess.

Online zum Kita-Platz - der Kita-Navigator

Beate van Kempen, Fachbereichsleiterin, ITK Rheinland

Mit der interaktiven Web-Lösung Kita-Navigator bietet die ITK Rheinland eine praxiserprobte Umsetzung des kompletten Anmeldeprozesses von der Suche, über Auswahl und Vormerkung, Platzzu- und -absage bis zum Vertragsabschluss für Kinderbetreuungsplätze. Aber auch der persönliche Kontakt wird für alle Beteiligten interaktiv technisch und mit Automatismen unterstützt. Doppelbelegungen, unklare Sachstände und Planungsunsicherheiten gehören der Vergangenheit an. Ferner bietet die zentral auswertbare Datenbank eine optimale Grundlage für jegliche Auswertungen und Statistiken beispielsweise für die Bedarfsplanungen in den Kommunen aber auch in den Landesministerien.

Sichere Datenverarbeitung an den Schulen

Dr. Walter Kicherer, Fachberater am Regierungspräsidium Stuttgart

Noten der Schüler, Adressen der Eltern und Lehrer: Diese und viele weitere personenbezogene Daten werden heute an den meisten Schulen elektronisch verarbeitet. Wie erreicht man landesweit mehr Sicherheit, dass diese Daten im Umfeld der Schulen nicht von Unberechtigten eingesehen oder gar verändert werden können?

Es geht dabei um die Entwicklung des technisch-organisatorischen Datenschutzes an den Schulen. Hierzu hat die Kultusverwaltung in Baden-Württemberg vielfältige Maßnahmen getroffen, um dies an den ca. 4500 Schulen des Landes zu verbessern und weiter zu entwickeln.

Im Vordergrund der Bemühungen steht dabei als erster Schritt eine Sensibilisierung für die Thematik des (technisch-organisatorischen) Datenschutzes. Neben Schulungen für Schulleitungen ist dies v.a. die Ausbildung von behördlichen Datenschutzbeauftragten an den Schulen inkl. der Bereitstellung von Hilfen zur Erleichterung ihrer Arbeit.

Eine wichtige Maßnahme stellt dabei die Trennung des Verwaltungsnetzes vom pädagogischen Netz der Schule dar. Durch diese per Erlass erzwungenen Trennung kann aus dem pädagogischen Netz, in welchem der Unterricht erfolgt und damit auch Schüler Zugang haben, keine Verbindung mit dem Verwaltungsnetz aufgebaut werden. Dies sichert die sensiblen Daten, welche im Verwaltungsnetz verarbeitet werden. Für einen Lehrer erwächst hieraus jedoch die Problematik, sich nun evtl. in zwei voneinander getrennten Netzen bewegen zu müssen, da dieser einerseits Verwaltungsaufgaben (Verwaltung von Noten und Klassenlisten) und andererseits auch pädagogische Aufgaben (Unterricht im IT-Raum) wahrnehmen muss.

Der derzeitige Stand zur Trennung der Netze und Überlegungen zu einer Weiterentwicklung zur Vereinfachung der Arbeit der Lehrer wird u.a. in diesem Vortrag vorgestellt. Lehrer verwenden jedoch aufgrund nicht vorhandener IT-Ausstattung an der Schule auch private Geräte zur Verwaltung z.B. ihrer Notenlisten. Unter welchen technischen Voraussetzungen diese Verwendung in Baden-Württemberg erlaubt ist ebenfalls Teil des Vortrags.

Um eine eventuelle Öffnung der Trennung der beiden Netze zu erreichen ist eine höhere Sensibilisierung zur Problematik nötig. Dazu muss an den Schulen mehr über Datensicherheit nachgedacht werden. Ein guter Weg ist dabei die Erstellung eines Verfahrensverzeichnis, welche die Schulen nach dem Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg für automatisierte Verfahren erstellen müssen. Die Praxis hierzu sieht jedoch schlecht aus, so dass an vielen Schulen diese Verfahrensverzeichnisse nicht vorliegen. Um dies zu ändern ist die Kultusverwaltung aktiv geworden und schult die behördlichen Datenschutzbeauftragten an den Schulen zum Thema Verfahrensverzeichnis. Weiterhin stellt das Kultusministerium über das Verfahrensverzeichnis-Online-BW eine passwortgeschützte Plattform im Internet zur Verfügung, um den Schulen eine Unterstützung bei der rechtskonformen Erstellung zu bieten. Auch diese Plattform soll im Vortrag vorgestellt werden.

Die Akzeptanz komplexer IT-Kooperationsmodelle am Beispiel HERKULES

Thomas Krampe, Dipl. Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Der Vortrag zielt darauf ab, am Beispiel des Bundeswehrprojekts HERKULES den Einfluss der Komplexität eines öffentlich-privaten Kooperationsmodells auf die Akzeptanz der öffentlichen Bediensteten darzustellen und dann Lösungen vorzuschlagen, die die Akzeptanz erhöhen sollen. Er fällt in den Themenbereich „Changemanagement und Akzeptanz“.

Problemdarstellung: HERKULES steht für die Modernisierung der administrativen Informations- und Kommunikationstechnik (IT) der Bundeswehr. Der Bund, vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), beauftragte 2006 die BWI mit der IT-Modernisierung. Doch hinter diesem Auftragsverhältnis steht ein komplexes Kooperationsverhältnis im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP).

Die BWI ist ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen, dessen Gesellschaftsanteile zu 50,05 Prozent die privatwirtschaftlichen Kooperationspartner halten und zu 49,95 Prozent der Bund. Sie unterliegt zwei unterschiedlichen Zielerwartungen: Der Bund erwartet von der BWI, dass sie HERKULES mit den bereits in der Privatwirtschaft gewonnenen Fachkenntnissen realisiert und somit einen Mehrwert gegenüber der bundeswehreigenen Projektumsetzung schafft. Die privaten Kooperationspartner sehen in der BWI hingegen ein Joint Venture, über das sie einen großen Auftrag des öffentlichen Sektors akquirieren. Über die BWI sind sie als Auftragnehmer vertraglich dem Bund verpflichtet, als Kapitalgesellschaft hingegen eigentumsrechtlich ihren Anteilseignern. Die Verpflichtung gegenüber den Anteilseignern schränkt ihre Flexibilität ein, die im Falle vertraglicher Anpassungen zum „Nicht-Nachteil“ der Bundeswehr und somit des Auftraggebers geboten wäre.

Der öffentliche Partner in dem Kooperationsmodell ist ebenfalls kein einheitlicher Akteur. Im BMVg, dem strategischen Partner der BWI, wird die HERKULES-ÖPP von mehreren Referaten begleitet. Ein Referat nimmt die Kundenperspektive der Bundeswehr ein. Ein zweites vertritt das BMVg als Auftraggeber. Ein drittes Referat nimmt die Rolle des Miteigentümers an der BWI ein. Und ein viertes ist für die Bundeswehr-IT fachlich zuständig.

Und auch die Bundeswehr, die der Kooperationspartner der BWI für die Umsetzung der IT-Modernisierung auf operativer Ebene ist, ist keinesfalls ein einheitlicher Akteur. Es agieren Koordinierungsgruppen, die IT-Beauftragten von gut zehn Organisationsbereichen und die Sonderorganisation HERKULES im BAAINBw. Alleine auf Seiten der Bundeswehr liegt großer Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf vor.

Das Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis und die vielfältigen Kooperationsbeziehungen auf operativer Ebene sind in dem umfangreichen HERKULES-Vertrag eingefasst. Durch diesen ist auf der einen Seite vieles im Sinne eindeutiger Kompetenzzuweisung und Verpflichtungen geregelt, auf der anderen Seite mussten viele Punkte wegen Nicht-Wissens unregelt bleiben, oder die Regelungen schränken die nötige Flexibilität ein.

Lösung: Die These des Vortrags lautet, dass die dargestellte Komplexität der ÖPP zu einer geringeren Akzeptanz des Kooperationsmodells durch die Bundeswehrangehörigen führt, weil diese die Erfolge, Mängel und Probleme, die durch HERKULES tatsächlich eingetreten sind, keinem Akteur eindeutig zuordnen können. Die Lösung liegt in der Schaffung von Transparenz,

indem die Problemursachen verortet und kommuniziert werden. Liegen sie beim BMVg, der Bundeswehr oder der BWI? Oder sind sie der Struktur des Kooperationsmodells oder dem HERKULES-Vertrag geschuldet?

Markteinführung eines cloudbasierten Schalterverfahrens am Beispiel des Einwohnerinformationssystems

Rainer Kremser, Geschäftsbereichsleiter Produkte Kommunen ,
Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW)

Das neue Einwohnerinformationssystem KM-Ewo, welches täglich von 25.000 Sachbearbeiter in über 1000 Meldebehörden täglich genutzt wird, musste an nur 4. Wochenenden vollständig eingeführt werden. Im Vortrag wird darauf eingegangen, welche Vorteile eine serviceorientierte cloudbasierte Software-Architektur bietet, um eine Markteinführung dieser Größenordnung zu unterstützen. Das durch die webbasierte Architektur keine Vorortinstallationen notwendig sind, war von großer Bedeutung. Ein weiterer Aspekt liegt in der Konsolidierung und Automatisierung von Betriebsabläufen auf Basis von Standards. Im Bereich des Qualitätsmanagements der Cloud-Services wird auf elektronische Fachtest gesetzt.

Praktische IPv6-Einführung bei einem kommunalen IT-Dienstleister

Martin Kregel, Abteilungsleiter Systemprojekte, Citkomm

Die Citkomm ist ein kommunaler IT-Dienstleister mit Sitz in Iserlohn, Nordrhein Westfalen. Innerhalb des Zweckverbands der Eigentümer werden ca. 55 Verwaltungen mit verschiedenen IT-Dienstleistungen versorgt. Darüber hinaus nehmen diverse weitere Verwaltungen aus dem kommunalen und kirchlichen Bereich ausgewählte Dienstleistungen der Citkomm in Anspruch. IT-Produktionsleistungen werden in einem komplexen geschlossenen Netzwerk sowie im Internet bereitgestellt.

Als Projektpartner des europäischen Konsortiums „Governments ENabled through IPv6 – GEN6“ wurde der Einsatz von IPv6 im Netzwerk der Citkomm sowie in den Anwendungslandschaften umfassend erprobt. Dabei galt es zunächst den Internetzugang und die im Internet angebotenen Services für IPv6 zu ertüchtigen. Aber auch der gesicherte interne Bereich, beginnend von den lokalen Netzen über die Weitverkehrsebene bis hin in den Anwendungs-Backbone des Citkomm-Rechenzentrums, wurde für IPv6 ertüchtigt.

Als Umstellungsstrategie wurde ein flächendeckender Dual Stack-Ansatz gewählt. So konnten Parallelwelten vermieden werden und eine vollständige Verzahnung von IPv6 in die Infrastruktur erreicht werden. Bei der Umstellung wurden die verfügbaren Migrationshilfen aus den „IPv6 - Best Practice für die öffentliche Verwaltung“ des Bundesverwaltungsamtes einem Praxistest unterzogen. Die IPv6-Adressen wurden vollständig aus dem Adressierungsraum de.government für die deutsche Verwaltung genutzt. Schrittweise wurden die verschiedenen Systembereiche analysiert und sukzessive für den Parallelbetrieb der „neuen IP-Welt“ vorbereitet.

Bei der praktischen Umsetzung neuer Lösung in gewachsenen Welten ergeben sich unweigerlich unerwartete Hürden und Herausforderungen. In der Projektarbeit wurde daher in Pool von Erfahrungen aufgebaut, wo konkrete Grenzen für die tatsächliche Einführung von IPv6 in bestehenden kommunalen Infrastrukturen bestehen. Ein besonderer Fokus bestand in der Evaluierung der spezifischen kommunalen Fachanwendungen für IPv6.

Der Vortrag zeigt zunächst auf, wo in einem IPv6-Einführungsprojekt Hürden zu erwarten sind. In der Folge werden Lösungsansätze dargestellt, wie durch ein gezieltes Vorgehen und den Aufbau planmäßiger Workarounds eine weitgehende Abdeckung der externen und internen IP-Welten mit IPv6 erreicht werden – und damit die Potentiale von IPv6 für die Verwaltungen und ihre Bürger nutzbar werden.

Bürokratieabbau im Dialog

Dr. Thomas Kriedel, Vorstandsmitglied
der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL)

Zu viel Bürokratie und ineffiziente Regulierungen sind große Hindernisse für eine moderne Verwaltung und deren Mitglieder. Heutzutage sind schlanke Prozesse, reibungslose Abläufe und vernetzte Kommunikation die Grundvoraussetzungen für zeitgemäße Verwaltungsverfahren. Die KVWL verfolgt seit mehreren Jahren das Ziel, die Belastungen Ihrer Mitglieder durch die zunehmende Menge an Verwaltungsaufgaben zu reduzieren. Ziel ist es, die vertragsärztliche Versorgung so effizient und bürokratiearm wie möglich zu organisieren sowie bürokratische Verlagerungseffekte von der Verwaltung in die Praxen zu verhindern.

Um den systematischen Bürokratieabbau zu verfolgen, etablierte die KVWL den Aufgabenbereich ‚Entbürokratisierung‘. Unter der methodischen zu Hilfenahme des international anerkannten Standard-Modell (SKM) konnten erstmalig im vertragsärztlichen Bereich die bürokratischen Belastungen identifiziert und quantifiziert werden. Neben diesen Bestandsmessungen verfolgte die KVWL verschiedene Entbürokratisierungsanstrengungen mit der Formel ‚Abbauen – Vereinfachen – Unterstützen‘. Seit 2012 hat die KVWL ihre Mitglieder und Mitarbeiter unter dem Motto ‚Weniger Bürokratie – mehr Patientenzeit‘ dazu aufgerufen Vorschläge einzureichen, wo die ungeliebten Zeitfresser in der Praxis zu finden sind und wie diese sinnvoll entfernt werden können. Hierbei werden auch die durch die KVWL etablierten bürokratischen Verpflichtungen für Vertragsärzte und Psychotherapeuten sowie die internen Verwaltungsprozesse auf überflüssige bürokratische Belastungen hin überprüft und reduziert.

Die KVWL gründete zudem drei interdisziplinäre Formularlabore in Westfalen-Lippe. Die Formularlabore setzen sich zusammen aus Vertretern der Krankenkassen, niedergelassener Vertragsärzte, Vertretern der KVWL und wird regional begleitet vom MDK. Die Formularlabore fungieren als Praxiswerkstätten. In den jeweiligen Sitzungen werden formfreie Arztanfragen wie auch die auf Bundesebene vereinbarten Mustervordrucke gesichtet, diskutiert und auf eine bessere und unbürokratischere Praxistauglichkeit hin verändert und getestet. Unsere getesteten Formularprodukte reichen wir als Diskussionsgegenstand an die zuständigen Fachgremien auf Bundesebene weiter. Unsere Lösungsvorschläge sind von der Praxis für die Praxis gemacht! Auch für zukünftig geplante Formulare bzw. Formularanpassungen stehen unsere Labore für den Praxistest zur Verfügung.

Dadurch können mögliche bürokratische Belastungen im Vorhinein verhindert und Handlungsempfehlungen aus den Laborgruppen an die Bundesebene zurückgespiegelt werden. Entbürokratisierung kann nur gemeinsam erreicht werden. Daher freuen wir uns sehr, dass alle Kassen in Westfalen-Lippe dieses Projekt nun unterstützen und wir gemeinsam weitere Lösungen zur Vermeidung von belastender Bürokratie entwickeln wollen.

Berichtswesen im Spannungsfeld von fachlichen Anforderungen, technischen Möglichkeiten und einsetzbaren Ressourcen

Martin Kroeger, KRZ Lemgo

Der Vortrag verdeutlicht, dass es wichtig ist die richtigen Informationen zu bekommen. Am Anfang stehen die Anforderungen, nicht die technischen Möglichkeiten, ansonsten besteht die Gefahr in der Informationsflut die Aufgabe des Controlings als "zielgerichtete Informationsbeschaffung zur Entscheidungsunterstützung" zu verlieren

Die Umsetzung der E-Government Gesetzesinitiative setzt einen Plattform Ansatz voraus. TR-ESOR als Ausgangspunkt für eine skalierbare, effiziente und sichere Technische Umsetzung des E-Government Gesetzes auf Basis von Oracle Komponenten.

Jan Lehmann, Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern (DVZ)
Ernst Lorenz, Oracle Deutschland BV & Co KG

ORACLE ist ein IT-Produktanbieter und steht in einer engen Partnerschaft mit dem Datenverarbeitungszentrum M-V, dem Rechenzentrum der Landesverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern. Dienstleister wie das DVZ M-V erbringen Rechenzentrumsleistungen für unterschiedliche Kunden. Das Spektrum dieser Leistungserbringung reicht von der Beratung, über die Entwicklung und das Testen bis zum Betrieb. Bei Bedarf können auch Zertifizierungen erbracht und Backup- und Absicherungsmaßnahmen für andere Betriebsumgebungen bereitgestellt werden.

Um eine verlässliche, sichere und kosteneffiziente Betriebsführung, auf Basis vertraglich zugesicherter SLA's in der Leistungserbringung zu gewährleisten, bedienen ÖV-Rechenzentren BSI Standards wie zum Beispiel ISO 27001 nach IT-Grundschutz und orientieren sich an Technischen Richtlinien, wie zum Beispiel der TR-ESOR.

Orientiert an den Kundenanforderungen prüfen ÖV-Rechenzentren sehr genau, welche IT-Betriebsmittel im SW, HW und Netzinfrastrukturbereich einzusetzen sind und bis zu welcher Fertigungstiefe Betriebsmittel und Produkte entweder im Eigenbau, oder durch zugekaufte Komponenten, zu realisieren sind.

Kundenanforderungen im Verwaltungsbereich wiederum ergeben sich, neben den fachspezifischen Anforderungen aus den zur Anwendung zu bringenden Gesetzesvorschriften und Verwaltungsrichtlinien, unter anderem aktuell aus dem E-Government-Gesetz, den Informationsfreiheits- und Transparenz-gesetzen der Länder, den Strategieempfehlungen des IT-Planungsrates, der Digitalen Agenda für Bund, Länder und Kommunen, sowie den EU Erwartungen.

Eine der zentralen Anforderungen und priorisierten Aktivitäten im Rahmen der Strategieüberlegungen, sowohl des IT-Planungsrates als auch des E-Government Gesetzes, bezieht sich auf sogenanntes beweiswertes Speichern.

Beweiswertes Speichern und das digitale Management von Dokumenten und Schriftgut im Rahmen durchgängiger elektronischer Prozesse, des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der Einbeziehung der Fachverfahren erfordert sowohl belastbare Technologien für die Speicherung und die Verarbeitung der Dokumente, als auch schlüssige und auf offenen Standards basierende Konzepte. Insbesondere die Nachnutzung von Daten außerhalb der fachlichen Kontexte, im Sinne von Open Data und den Transparenzgesetzen der Länder, erfordert solche Standards.

Der Vorschlag seitens des DVZ und ORACLE, für die technische Umsetzung dieser Anforderungen, sind Konzepte und Entwürfe für „Elektronische Magazine“. Dieser Begriff folgt den Überlegungen im OAIS Modell zu „Digitalen Magazinen“. Elektronische Magazine sind dem Gedanken der Standardisierung in der Containerbildung, analog der schon lange verfolgten Praxis im Logistikumfeld, verpflichtet. Elektronische Magazine ergänzen sich perfekt mit dem Service SOA Paradigma und sind sehr gut geeignet, neue technische Entwicklungen wie CLOUD Ansätze und modular funktionale Architekturen - sogenannte Plattformen - als Infrastruktur einzusetzen.

Modernes Regierungssteuern mit SaxIB

Dr. Daniel Lukas, Referent, Sächsische Staatskanzlei, Dresden

Das Umsetzen, Steuern und letztlich auch das Kontrollieren von Vorhaben von Koalitionsvereinbarungen stellt für eine Regierungszentrale eine wichtige Kernaufgabe dar. Im Jahr 2008 wurde vor diesem Hintergrund in der Sächsischen Staatskanzlei mit der Einführung eines IT-Verfahrens namens SaxIB die technische Grundlage für ein zentrales strategisches Informationssystem zur ressortübergreifenden Berichterstattung und Planung geschaffen.

Das System wurde nach einer ressortübergreifenden Erprobungsphase durch eine Verwaltungsvorschrift (VwV SaxIB), die im Jahr 2010 in Kraft trat, flankiert. Sachsen nutzt dafür in der Basis eine in vielen Bundesländern und beim Bund eingesetzte Software – nämlich Intraplan B. Mit SaxIB, einer speziell konfigurierten Lösung für Sachsen, flankiert durch die Verwaltungsvorschrift nimmt der Freistaat Sachsen eine Vorreiterrolle ein. Die VwV verpflichtet die Fachressorts zur regelmäßigen Berichterstattung über die Erfüllung der Koalitionsvorhaben und die Umsetzung von Kabinettsaufträgen. Zukünftige Vorhaben, die in nächster Zukunft dem Kabinett zur Beschlussfassung vorgelegt werden, sind ebenfalls in der Datenbank gemäß VwV SaxIB darzustellen. Ziel war und ist es, für die Staatskanzlei eine strategische Steuerungsgrundlage zu schaffen und auszubauen. Eine regelmäßige Dokumentation der Sachstände der Vorhaben durch die Fachressorts erlaubt einerseits eine Kontrolle des Fortschritts unterschiedlich prioritärer Projekte und gewährleistet mithin die Steuerung zentraler Politikfelder. Andererseits ermöglicht die fortlaufende Berichterstattung in der Datenbank die Informationsrecherche über die zentralen Aktivitäten der Landesregierung.

Darüber hinaus soll die Akzeptanz und Nutzerfreundlichkeit, sowohl bei den Fachressorts, als auch der Steuerungszentrale stetig verbessert werden. Aus diesem Grund erfolgt gegenwärtig eine Evaluation der VwV. Darauf aufbauend können Ansätze einer Weiterentwicklung entwickelt und Grenzen des Systems diskutiert werden. SaxIB kann damit eine vielversprechende Blaupause für die Politikfeldsteuerung in anderen Bundesländern sein.

Ziel des Referats ist es, die Teilnehmer zunächst mit der VwV und der strukturellen Einbindung eines zentralisierten strategischen Informationssystems in obersten Landesbehörden vertraut zu machen und die Potentiale für eine erfolgreiche strategische Steuerung aufzuzeigen.

Bildungscontrolling neu denken – mit einem Kompetenzmonitoring

Dr. Siegfried Mauch, Leiter Bildungs-, Wissens- und Beteiligungsmanagement,
Führungsakademie Baden-Württemberg

Der Vortrag berichtet von einem Pilotprojekt in der baden-württembergischen Landesverwaltung. Er zeigt auf, wie sich das intellektuelle Vermögen einer Behörde zusammensetzt und wie dieses identifiziert und genutzt werden kann. Vorgestellt wird, wie die im Auftrag des Bundes entwickelte Methode der „Wissensbilanz made in Germany“ in Behörden angewandt werden kann und welche Wirkungen damit erreicht werden können. Gezeigt hat sich, dass die Wissensbilanz ein wirksames Instrument ist, mit dessen Hilfe effektiv und effizient eine bildungs- und lernorientierte Organisationsanalyse im Wege einer beteiligungsorientierten Selbstbewertung durchgeführt werden kann.

Die Wissensbilanz schließt eine zentrale Lücke im Bildungscontrolling. Bildungscontrolling ist ein immer wichtiger werdendes Thema in der Fort- und Weiterbildung, da Bildungs- und Lernprozesse zu erkennbaren und bewertbaren Erfolgen in einer Organisation führen müssen. Die bisherigen Bewertungsansätze beziehen sich auf die Evaluation von einzelnen Bildungsmaßnahmen oder auf die Einschätzung des Kompetenzgewinns einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch diese oder deren Führungskräfte (Teilnehmerzufriedenheits-, Lernerfolgs-, Transfererfolgs- und Organisationserfolgskontrolle).

Was fehlt ist eine organisatorisch systemische Betrachtung des Bildung- und Lernerfolgs der Organisation selbst im Sinne der Entwicklung zur „Lernenden Organisation“. Denn Ziel von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen in Organisationen kann nicht nur die höchstpersönliche Befähigung, Qualifizierung und Bildung von einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sein, sondern muss auch die Befähigung und Verbesserung der Organisation selbst sein, um sowohl ihr Problem- und Qualitätsbewusstsein Entwicklungen anzupassen als auch ihren Blick für neue Lösungsmöglichkeiten zu schärfen.

Ein so verstandenes Bildungscontrolling liefert dann Handlungsempfehlungen nicht nur zu Optimierung einzelner Bildungsmaßnahmen, sondern vor allen Dingen Empfehlungen zur Verbesserung des gesamten organisationalen Steuerungsrahmens.

Sinnvoller Einsatz der E-Akte in Ihren Verwaltungsprozessen

Martin Montag, Leiter Vertriebskoordination Bayern,
Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)

Der Integrative Einsatz der eAkte, also die vollkommen in die Fachverfahren integrierte Lösung ermöglicht es den Kommunen elektronische Prozesse gewinnbringend zu nutzen. Dabei ist es möglich individuell vorzugehen damit Sie die Mitarbeiter nicht überfordern, Akzeptanz schaffen und damit einen echten Mehrwert innerhalb der Kommune schaffen. An dieser Stelle zeigen wir Ihnen wo der Einsatz der eAkte sinnvoll ist und wie Sie bereits heute damit in unseren OK-Verfahren arbeiten können

Die Leitlinie des IT-Planungsrats für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung

Dr. Andreas Mück, Vorsitzender der Länderarbeitsgruppe Informationssicherheit
des IT-Planungsrats, Stabsstelle des IT-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung

Modernes Verwaltungshandeln ist heute ohne elektronische Kommunikationsmedien und IT-Verfahren nicht mehr denkbar. Mit deren Nutzung verbunden war und ist aber immer auch die Frage nach einer angemessenen Sicherheit von IT-Infrastrukturen und -Verfahren der öffentlichen Verwaltungen zum Schutz der enthaltenen und übertragenen Daten. In zunehmendem Maße nutzen Bund und Länder nun auch Ebenen-übergreifende Kommunikation und IT-Verfahren. Damit erwächst eine neue Herausforderung: Die Verlässlichkeit der vernetzten, von unterschiedlichen Partnern betriebenen Infrastrukturen. Die getroffenen Schutzmaßnahmen der einzelnen Kommunikationspartner haben Auswirkungen auf alle.

Um hier für alle Beteiligten ein hohes Maß an Verlässlichkeit zu erzielen, ist als gemeinsame Strategie die Etablierung eines einheitlichen und einvernehmlichen Mindestsicherheitsniveaus unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit notwendig, wie sie in der vom IT-Planungsrat für Bund und Länder verbindlich verabschiedeten Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung beschrieben wird.

Diese Leitlinie zielt u.a. darauf ab, die notwendigen Sicherheitsanforderungen wirtschaftlicher realisieren zu können, als es jeder Einzelne für sich könnte und das Risiko hoher Folgekosten aufgrund von Sicherheitsvorfällen zu reduzieren.

Durch Etablierung eines einheitlichen Mindestsicherheitsniveaus und einheitlicher Sicherheitsprozesse können neue IT-Verfahren oder die elektronische Kommunikation auf diesem aufbauen und vorhandene Sicherheitsmaßnahmen gemeinsam genutzt werden. Kostenintensive Einzelmaßnahmen können vermieden werden. Das gemeinsame Vorgehen etabliert zu dem Ebenen übergreifend ein einheitliches Verständnis und Wissen über Informationssicherheit.

Der Vortrag beschreibt die Kernelemente der Leitlinie für Informationssicherheit, deren Umsetzungsplan sowie den aktuellen Umsetzungsstand in Bund und Ländern. Er geht insbesondere auch auf die Auswirkung der Leitlinie für die Kommunen ein.

eAkte bei der Landeshauptstadt Wiesbaden: Wir machen es einfach...

Dr. Thomas Ortseifen, Landeshauptstadt Wiesbaden

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist auf kommunaler Ebene ein Vorreiter bei der Einführung elektronischer Verwaltungsarbeit sowie dem Einsatz der entsprechenden Module und Instrumentarien auf Basis serviceorientierter Architekturen. Dies stellt nicht nur eine enorme technische Herausforderung dar, sondern erfordert auch grundlegende organisatorische Regelungen für den Umgang mit der neuen Technik. Im Mittelpunkt eines solchen stadtweiten Infrastrukturprojekts steht daher nicht nur die Implementierung technischer Strukturen, sondern vor allem die Begleitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei einem Wandel der bisherigen Arbeitsweisen und der Verwaltungskultur. Der Beitrag stellt den Weg der Landeshauptstadt Wiesbaden bei der Implementierung der elektronischen Verwaltungsarbeit in einzelnen Ämtern und Fachbereichen dar und erläutert die Kernaspekte der Einführung aufgrund der bestehenden Erfahrungen.

Eine moderne, bürgernahe Verwaltung mit einem virtuellen Rathaus, das jederzeit zu einem Besuch einlädt – so präsentiert sich die traditionsreiche Stadt Wiesbaden nach außen. Dahinter steht entsprechend großes Engagement in Sachen innovativer Informations- und Kommunikationstechnologie. Schritt für Schritt automatisiert die Verwaltung ihre bisher papierbasierten Abläufe. Mit der Implementierung der E-Akte (elektronische Akte) zunächst in zwei Ämtern (Amt für soziale Arbeit, Kassen- und Steueramt) sind die Abläufe wesentlich schneller.

Innerhalb der Verwaltung gewährleisten die Prozessverbesserungen eine völlig neue Effizienz und Transparenz. Sie erleichtern den Mitarbeitern die Arbeit und unterstützen die schnelle, reibungslose Zusammenarbeit (Collaboration). Beides wiederum führt zu einer höheren Arbeitszufriedenheit, steigert die Produktivität und reduziert die Kosten. Dank der bekannten Windows-Oberfläche müssen sich die Mitarbeiter gar nicht groß umstellen. Behördliche Vorgänge und das Einhalten von Verantwortlichkeiten sind transparent und damit leicht nachvollziehbar (Revisionssicherheit). Indem sich weitere Ämter mit ihren Fachverfahren in diese Lösung integrieren lassen, kann die Stadtverwaltung beruhigt in die Zukunft blicken: Die einmaligen Investitionen zahlen sich in jedem Fall aus. Nachhaltig ist diese Lösung zudem noch, da z. B. Papier- und Kopierkosten in größerem Umfang wegfallen. In den Augen des Bürgers zeigt sich die Stadt als modern, innovativ und vor allem kundenfreundlich. Denn Anträge werden schnell und unter Einsatz zeitgemäßer Technologie bearbeitet.

Als neues innovatives Feature wird der Zugriff auf Inhalte der eAkte mit iPads und individueller App derzeit realisiert. Somit sind die Inhalte der eAkte berechtigten Mitarbeiter der Stadt mobil verfügbar und es werden keine aufwendigen Ausdrucke benötigt.

Eine Suchfunktion innerhalb der Akte, etwa nach Namen oder Stichworten, erleichtert die Arbeit. Auch der Abgleich mit anderen Datenbanken ist möglich. Die Datenschutzstandards in der öffentlichen Verwaltung sind hoch. Vor allem das Einhalten von Verantwortlichkeiten muss transparent und leicht nachvollziehbar sein. Daher sind auch hier die Zugriffsmöglichkeiten auf die – auf mehrere Server verteilten – Daten reglementiert und geregelt. Primär geht es der Landeshauptstadt Wiesbaden darum, die Flut an Dokumenten effektiv und zugleich rechts- und revisionssicher zu bearbeiten, zu verwalten und zu archivieren.

Die integrierte Lösung erklärt sich an einem Beispiel fast von selbst: Ein Bürger stellt bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende einen Antrag. Alle Vorgänge sind automatisiert und individuell für das Fachverfahren hinterlegt. Das heißt die aktuellen Daten werden elektronisch bearbeitet, allenfalls ergänzt und in den Antrag eingefügt. Dieser durchläuft dann elektronisch alle relevanten Stellen, die noch Anmerkungen oder Handlungsanweisungen einfügen und dann zur Genehmigung freigeben. Zum Abschluss erhält jede involvierte Stelle automatisch die Mitteilung „erledigt“.

Die Ziele der eAkte Wiesbaden sind somit klar ersichtlich. Mit der eAkte entsteht der Aufbau einer ganzheitlichen E-Government-Infrastruktur, diese bewältigt immer komplexer werdende Aufgabenstellungen mit vorhandenem Personalbestand. Mit der e-Akte spart die hessische Landeshauptstadt Ausgaben für Papier, Kopien sowie Archivflächen. Außerdem können Vorgänge, Formulare und die Korrespondenz mit Bürgern elektronisch schneller bearbeitet werden. Derzeit gibt es bereits über 200 User, die produktiv mit dem System arbeiten. Bis 2015 ist geplant über 700 Anwender mit der e-Akte auszustatten.

Drei Jahre Koordinierung von IT-Standards in der öffentlichen Verwaltung – drei Jahre KoSIT

Lutz Rabe, Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT),
Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) setzt seit 2011 zwei zentrale Maßnahmen der IT-Standardisierung um, die vom IT-Planungsrat gesteuert werden:

- Das XÖV-Rahmenwerk: Das Regelwerk für die verwaltungsübergreifende Integration von Prozessen und Interoperabilitätsaufgaben durch XML prägt alle wichtigen XÖV-Standardisierungsvorhaben.
- Die Standardisierungsagenda: Dieses Instrument dient dem Beschluss einzelner IT-Standards, die als Lösung zur Deckung von Standardisierungsbedarfen für Bund und Länder verpflichtend festgelegt werden. In der Standardisierungsagenda werden relevante Standardisierungsbedarfe erfasst, klassifiziert und in transparenter und planmäßiger Vorgehensweise gelöst.

Die Herausforderung der Koordinierungsstelle besteht darin, die Vielfalt der derzeit genutzten Datenformate in Standards zu überführen. Damit die Formate untereinander harmonisieren, muss eine einheitliche Methodik verwendet werden und gemeinsame Bausteine eingebunden werden. Vorgänge und Daten müssen automatisiert und regelbasiert zwischen verschiedenen Fachverfahren an- bzw. abgefragt werden. So können einheitliche Datenaustauschstandards erreicht werden, welche wiederum eine moderne, ämterübergreifende Kooperation ermöglichen. Zu diesen Standards gehört beispielsweise der XÖV-Standard „OSCI-XMeld“, mit dessen Hilfe ein vollelektronischer Informationsverbund aller deutschen Meldebehörden erfolgreich aufgebaut worden ist.

In dem Vortrag werden die Erfahrungen bei der Koordinierung von IT-Standards in der deutschen Verwaltung aus den vergangenen drei Jahren beleuchtet, die sich ergebenden Synergien

aufgezeigt und Perspektiven für die Zukunft insbesondere im Hinblick auf die von der Bundesregierung angestrebte „Digitale Agenda 2014 – 2017“ aufgezeigt.

Maßgeschneiderte Personal- und Zeitwirtschaft

Fabian Rahns, KRZ Lemgo

Zur Unterstützung personalwirtschaftlicher Prozesse sind flexible und wirtschaftliche IT-Lösungen gefragt. Ganz nach den Wünschen der Kunden gestalten sich verschiedene Betriebsmodelle von der reinen fachlichen Betreuung einer lokalen Installation über den Betrieb in einer hochverfügbaren und sicheren Cloud-Umgebung bis hin zu der Übernahme des gesamten Personalservices einer Verwaltung.

Eine Bugspitze in Sachen Gesundheit voraus! Trainieren Sie Ihre Mitarbeiter für den Alltag

Gunda Reimers, Senior Learning Consultant, Know How! AG

Mitarbeiter verdienen es, wie **Spitzenathleten** behandelt zu werden. Das Ziel beim Leistungssport lautet, Höchstleistungen zu geben, um neue Erfolge feiern zu können. So müssen auch Mitarbeiter im Unternehmen ihr Bestes geben, damit das Unternehmen im Markt erfolgreich bestehen kann. Die Know How! AG entwickelt nachhaltige Konzepte, die gesundes Verhalten am Arbeitsplatz fördern und Führungskräfte wie Mitarbeiter für ihre Ziele stärken.

Ein erfolgreicher Trainer verordnet seinem Schützling einen **Trainingsplan** mit Mikro- und Makrozyklen:

Der **Makrozyklus** erfasst alle wichtigen Wettkämpfe innerhalb eines Zeitraumes (beispielsweise ein Jahr). Die **Mikrozyklen** umfassen die Trainingseinheiten, die der Sportler absolviert, um sich mit seinen Mitstreitern messen zu können.

Lässt sich nun diese Vorgehensweise auf den Arbeitsalltag übertragen? Wer plant schon seine Arbeit nach Mikro- und Makrozielen? Aufträge sind nur teilweise kalkulierbar, dank neuer Kommunikationstechnologien sind wir alle rund um die Uhr und überall erreichbar. Dennoch sollten **Erholungsphasen** unbedingt eingeplant werden, um **leistungsfähig** zu bleiben.

Wie bei einem Trainingsplan erfolgt die Arbeitseinteilung nach Hochphasen und Tiefphasen. Dabei werden bewusst Stressphasen und Zeit für **Ausgleich und Erholung** eingeplant. Eine rechtzeitige Ressourcenplanung ist dabei unverzichtbar. Wichtige Punkte sind außerdem Bewegung, Ernährung, Umgang im Team und Arbeitsklima.

All diese Faktoren beeinflussen unser Wohlbefinden maßgeblich und wirken sich auf unsere Leistungsfähigkeit aus. Wird eines dieser Themen vernachlässigt, leidet der Mitarbeiter, langfristig aber auch **der Erfolg des Unternehmens**.

Personalentwickler und Führungskräfte können die Zufriedenheit ihrer Mannschaft beeinflussen und sie **fit für den Alltag** machen. Die Erkenntnisse aus dem Leistungssport lassen sich dabei konkret auf BGF-Maßnahmen übertragen.

Gunda Reimers, Weltmeisterin und Gesundheitsexpertin bei der Know How! AG gibt Tipps und Anregungen für eine **gesunde Zusammenarbeit**.

Moderner Fünfkampf

Volker Rombach, Volker Rombach, Citkomm services GmbH

Wie können eingehende Papierdokumente unter Beibehaltung der Beweiswirkung in elektronische Verwaltungsprozesse übernommen werden? Ist eine gesetzlich vorgeschriebene Aktenführung in Papierform wirklichkeitsfremd geworden? Die Einführung der elektronischen Aktenführung kennzeichnet das Ende des bisherigen Beamtdreikampfes: Knicken, Lochern, Abheften sind ein Auslaufmodell. Es lebe der moderne Fünfkampf: Scannen, Prüfen, Signieren, Indexieren und Archivieren sind die Arbeitsschritte beim Übergang von der Papierwelt zur vollelektronischen, digitalen Arbeitsweise auf Seiten der Bürger und Verwaltungen – bis wir alle nur noch digital arbeiten und nur noch digitale Dokumente austauschen.

DIVSI U25-Studie - Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der digitalen Welt

Johanna Schmözl,
Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet – DIVSI

Sichere und vertrauenswürdige digitale Wirtschafts- und Sozialräume können nur entwickelt werden, wenn man weiß, welche Menschen sich wie und warum darin bewegen, welche Motive und Barrieren ihr Handeln steuern sowie welche Einstellungen und Bedürfnisse daraus resultieren.

Nach der DIVSI Milieu-Studie 2012, in der erstmals eine Internet-Typologie der deutschen Bevölkerung aufgestellt wurde, und der Entscheider-Studie 2013, konzentriert sich die aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) auf diejenigen, die wesentlich mitbestimmen werden, was in punkto Internetsicherheit und Alltagsintegration digitaler Möglichkeiten zum Allgemeingut wird: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Junge Menschen stehen vor allem im Aufmerksamkeitsfokus, wenn es um Social Media und Online-Communitys sowie allgemein um digitales Leben und Zukunftsperspektiven geht. Die DIVSI U25-Studie – durchgeführt vom renommierten Heidelberger SINUS-Institut in Zusammenarbeit mit dem Erich-Pommer-Institut – zeigt auf, in welchen digitalen Lebenswelten die junge Generation angesiedelt ist. Sie umreißt ihre grundlegenden Haltungen gegenüber dem Internet sowie ihre Anforderungen bezüglich Vertrauen und Sicherheit im Netz.

Die Ergebnisse der Untersuchung beantworten dabei u. a. folgende Fragen:

- Welche Rolle spielt das Internet im Alltag junger Menschen?
- Wie gehen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit ihrer Privatsphäre im Internet um?
- Was sind „Freunde“ im Zeitalter von Facebook & Co.?
- Welche Online-Angebote nutzen junge Menschen?
- Wie sehen sie ihre persönliche Zukunft im digitalen Kontext?
- Was braucht es für eine chancenreiche Gestaltung der persönlichen Entwicklung in der digitalen Welt?

Die qualitativ-psychologische Leitstudie, die erstmalig die relevanten Themen in der Sprachwelt der jungen Generation selbst fasste, mündete in eine bundesweit repräsentative Umfrage unter 1.512 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Gesamtstudie wurde im März 2014 veröffentlicht.

Überblick über das GEN6 Projekt und Erkenntnisse für die Verwaltung

Dr. Heinz-Werner Schülting, Coordinator GEN6, Devoteam GmbH,

Das GEN6-Projekt wurde 2011 von der EU-Kommission im Rahmen des „Competiveness and Innovation Framework Programme (CIP) an ein Konsortium aus 19 Partnern aus neun europäischen Ländern vergeben. Ziel war die Unterstützung bei der Einführung des neuen Internet-Protokolls IPv6 in der öffentlichen Verwaltung Europas. Die Projektleitung liegt bei der Devoteam GmbH und Fraunhofer FOKUS. Die Projektpartner insgesamt stammen aus den Bereichen Verwaltung, Forschung und Industrie.

Mit dem Aktionsplan für die Einführung des neuen Internet-Protokolls IPv6 in Europa hatte die EU-Kommission bereits 2008 eine Initiative eingeleitet, um IPv6 auf breiter Basis einzuführen.

Der Druck zum Übergang von IPv6 resultiert im Wesentlichen aus der heutigen Adressknappheit im Internet, das Protokoll bietet aber auch sehr nützliche zusätzliche Funktionalitäten, beispielsweise in den Bereichen Sicherheit und Mobilität.

Die deutsche Verwaltung hat bereits früh erste Schritte zur Vorbereitung auf die Nutzung von IPv6 unternommen und übernahm damit eine Vorreiterrolle in Europa. Beispielhaft ist hier die Empfehlung der Staatssekretärsrunde Deutschland Online aus dem Jahr 2008 an die ÖV Deutschlands zu nennen, IPv6 einzusetzen, einen zentralen Adressraum zu beantragen und die organisatorische Umsetzung vorzubereiten.

Schwerpunktt Themen des GEN6 Projekts sind

- die Migration von bestehenden (nationalen) IT-Infrastrukturen der Verwaltung auf IPv6
- die Pilotierung innovativer Kommunikationslösungen, beispielsweise im Bereich von Kriseneinsätzen unter Einsatz unterschiedlichster Organisationen und Technologien, oder im Bereich Energiemanagement.
- „Cross Border Piloten“ zum Nachweis der Interoperabilität von IPv6 basierender Kommunikation zwischen Mitgliedstaaten

- Querschnittsaktivitäten beispielsweise zur Verbreitung der Projekterfahrungen in der ÖV und darüber hinaus oder zur Überprüfung der Auswirkungen auf die Verwaltung.

Der Vortrag zeigt Ansätze für den Einsatz von IPv6 in der öffentlichen Verwaltung in Deutschland und Europa. Einen Schwerpunkt bilden - bezogen auf die deutsche ÖV - die Umsetzung des IPv6-Adressraums und die Einführung von IPv6 in Regierungs-Infrastrukturen. Darüber hinaus wird die Entwicklung in ausgewählten europäischen Ländern und bei der EU überblicksartig dargestellt, auch im Zusammenhang mit dem EU-Projekt GEN6. Als Erkenntnisse aus dem bisherigen Verlauf des Projekts GEN6 werden Nutzenaspekte von IPv6 aber auch Hemmnisse bei dessen Einführung gezeigt.

Mobile Webseiten, Apps und mobile Government – wie verhindere ich das Datenchaos?

Frank Schwanbeck, Abteilungsleiter eGovernment,
Citkomm services GmbH

Seit dem Siegeszug von iPhone und Co hat sich die Nutzung des Web signifikant verändert. Mobile Endgeräte gewinnen immer mehr Marktanteile, so dass sich die öffentlichen Webseiten verändern müssen. Wie aber behält der Internetverantwortliche die Governance über den Veränderungsprozess?

Folgende Fragestellungen sollen behandelt werden:

Worin unterscheiden sich die mobilen Lösungen

- Native App
- Web-App
- Mobile Webseite
- Mobiles Stylesheet?

Welche Lösung eignet sich für welche Anforderung?

Wie kann man eine einheitliche Datenpflege organisieren?

Was bedeutet das für den Trend zum mobilen Government?

Ein kurzer Blick auf Beispiele aus der Praxis der Citkomm ist ebenfalls vorgesehen.

Verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen zur Umsetzung gesetzlicher und strategischer Anforderungen im Freistaat Sachsen

Dr. H.-Peter Seddig, Referatsleiter,
Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Europa

In den letzten Jahren sind auf Bund-Länder-Ebene vielfältige gesetzgeberische und strategische Aktivitäten im Bereich der elektronischen Kommunikation zwischen Bürger und der Verwaltung zu verzeichnen.

In Sachsen wurde die Einbringung des Entwurfes des Sächsischen E-Government-Gesetzes in den Sächsischen Landtag am 21.01.2014 vom Kabinett beschlossen. Mit dem Sächsischen E-Government-Gesetz schafft der Freistaat die rechtlichen Voraussetzungen für die weitergehende Nutzung von Informationstechnik im Kontakt mit staatlichen und kommunalen Behörden und Einrichtungen. Es bildet eine wichtige Weichenstellung für weitere Maßnahmen im Rahmen der Staatsmodernisierung.

Des Weiteren befindet sich gegenwärtig die Strategie für IT und E-Government des Freistaates Sachsen in der Abstimmungsphase zwischen den Ressorts. Diese soll für den Zeitraum bis zum Jahr 2020 einen orientierenden Rahmen für den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik in der öffentlichen Verwaltung des Freistaates Sachsen bilden. Mit der Strategie sollen Transparenz, Wirtschaftlichkeit und Bürgerfreundlichkeit der Verwaltungsdienstleistungen erhöht und somit ein wesentlicher Beitrag für die Staatsmodernisierung erreicht werden..

Die Basiskomponenten der E-Government-Plattform spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle für die IT-Infrastruktur Sachsens und im Zusammenspiel mit neuen Angeboten an die Bürger, wie dem Behördenruf 115 oder den modernen Bürgerservices. Diese werden sowohl den Landes- aber auch den Kommunalbehörden zur Nutzung angeboten und zentral finanziert. Einzelne Komponenten werden in Kooperationen mit anderen Bundesländern weiterentwickelt.

Im Vortrag wird neben einem Überblick zum Status von ausgewählten Basiskomponenten die verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen zur Umsetzung der gesetzlichen und strategischen Anforderungen im Freistaat Sachsen zu einem möglichst umfassenden Leistungsangebot beschrieben.

10 Jahre dms - Vom Exoten über die Randerscheinung zur Standardbürokommunikation

Volker Staupe, Projektleiter DMS, Dez. 2, Stadt Witten

Im März 2004 fasste der Verwaltungsvorstand in Witten den Beschluss, ins Dokumentenmanagement (dms) einzusteigen. Das Einführen von dms sollte in Projektform erfolgen und mit einem Piloten starten. Zu Beginn des Projektes galt es, Strukturen aufzubauen, die geeignet waren, dms Schritt für Schritt im gesamten Haus einzuführen. Dieser Weg war durchaus herausfordernd.

Es begann damit, dass sich die Projektteilnehmenden zunächst einmal selbst Kenntnisse aneignen mussten, was dms denn so richtig ist. Dann galt es ein Programm zu beschaffen, was nicht ohne Unterstützung möglich war. Durch einen europaweiten Teilnahmewettbewerb wurde Witten in Deutschland fündig.

Die erste Aufgabe, eine gute Software einsetzen zu können, war damit erledigt. Zu Beginn wurde aber recht schnell deutlich, dass das Einführen von dms kein Datenverarbeitungsprojekt ist, sondern ein Organisationsprojekt. Diesem Umstand musste auch in der Projektarbeit Rechnung getragen werden.

Anfangs führte das Projekt ein exotisches Dasein. Was sollte an einer Software auch so besonders sein, wo doch alle schon seit Jahren fleißig Dateien auf verschiedenen Laufwerken ablegen, kreativ benennen und notfalls ja noch einen Teil des Vorgangs in der Papierakte und in den Ablagen haben? Sicher, suchen war ein fester Bestandteil der täglichen Arbeit, aber „das geht ja nicht anders“.

Die nächste wichtige Aufgabe war es also, den Mitarbeitenden dms zu erklären. Da damit aber organisatorische Veränderungen einhergehen, also Bewegung erforderlich ist, war das eine spannende Herausforderung. Das Projekt hat aber Rezepte und Maßnahmen gefunden, die genau das geschafft haben.

So wuchs dms allmählich über eine Randerscheinung hinaus und entwickelte sich zu dem, was es heute ist, ein außerhalb jeder Diskussion stehender Standard, der nach und nach in allen Organisationsbereichen des Hauses eingeführt wird.

Im Vortrag wird deutlich, wie der Weg in Witten beschriftet wurde, welche Probleme sich auftaten und wie sie gelöst wurden. Dabei werden die falschen Wege, die wir gegangen sind, ebenso ehrlich benannt, wie die richtigen. Es wird erkennbar, welche Bedingungen die behördenweite Einführung begünstigen und welche sie eher erschweren. Im Zuge von e-Government ist dms der unverzichtbare Bestandteil – ohne dms kein e-Government.

dms schafft in Witten die Voraussetzungen dafür, dass die Bürgerschaft, die lieber elektronisch mit der Stadt kommuniziert, genau so bedient werden kann, wie die Menschen, die eine zentrale Anlaufstelle im Hause nutzen wollen. Die Menschen sollen nicht mehr durch die Verwaltung geführt werden, die Verwaltung kommt zu den Menschen. Dabei ist das mobile Arbeiten (dms für unterwegs) einer von vielen neuen Wegen, die in Witten beschriftet werden.

Prozessmanagement - integrierter Bestandteil des europäischen Qualitätsmanagement-Modells CAF

Dr. Astrid Stein, Referat VM 3, Bundesverwaltungsamt -
Deutsches CAF-Zentrum

Wer Qualitätsmanagement betreibt, weiß spätestens seit den 1990er Jahren, dass es ohne Prozessmanagement nicht geht. Mit dem Begriff „Prozessorientiertes Qualitätsmanagement“ wurde im Jahr 2000 die bis dahin vorherrschende „Elementorientierung“ des Qualitätsmanagements nach DIN EN ISO 9001 abgelöst. Prozessorientierung gehört seither zum Grundverständnis der großen, branchenübergreifenden Qualitätsmanagementmodelle. Ein prozessorientiertes Qualitätsmanagement-System besteht aus einem Netz miteinander verbundener Management-, Kern- und Unterstützungsprozesse.

CAF- Common Assessment Framework ist das gemeinsame Qualitätsmanagementmodell für die öffentliche Verwaltung in Europa. Bei seiner Entwicklung Ende der 1990er Jahre hat das damals bereits in der Privatwirtschaft verbreitete EFQM-Modell der Europäischen Stiftung für Qualität Pate gestanden. CAF und EFQM sind Total Quality Management Ansätze. Sie gehen von der Annahme aus, dass Organisationen hervorragende Ergebnisse für ihre Kunden, die Mitarbeiter und die Gesellschaft erzielen, wenn Führung sich dadurch auszeichnet, dass geeignete Strategien und Pläne entwickelt, das Personal entsprechend eingesetzt, Ressourcen

effizient verwendet und optimale Prozesse sicher gestellt werden. Um ihre in diesem Sinne verstandene Leistungsfähigkeit zu beurteilen, können Organisationen des öffentlichen Sektors eine CAF-Selbstbewertung durchführen.

In den Themenfeldern 1 „Führung“ und 2 „Strategie & Planung“ beschäftigt sich die Organisation mit ihren Management-Prozessen, in den Themenfeldern 3 „Personal“ und 4 „Partnerschaft & Ressourcen“ mit ihren Unterstützungsprozessen. Im Themenfeld 5 „Prozesse“ geht es um die Identifizierung und Steuerung der Kernprozesse – mit Blick auf das Kundeninteresse auch über die Grenzen der eigenen Organisation hinaus.

Eine CAF-Selbstbewertung beugt der Gefahr vor, dass unter Prozessmanagement lediglich die Dokumentation von Kernprozessen oder eine punktuelle Geschäftsprozessoptimierung verstanden wird.

Schüler Online - Übergangsmanagement in einer sicheren Cloud

Heinrich Tripp, KRZ Lemgo

Schüler Online reduziert den administrativen Aufwand beim Übergang der Schüler von den weiterführenden Schulen zu den Berufskollegs. Die Anwendung wird als Übergangsmanagement für Schulen in einer sicheren Cloud eingesetzt. Der administrative Aufwand in diesem Bereich wird erheblich reduziert. Eine Unterstützung bei der Beratung der „unversorgten Schüler“ wird gewährleistet. Wichtige datenschutzrechtliche Aspekte werden durchleuchtet.

Mobile Web-Apps - Generative Konzepte

Andreas Wolf, Datenzentrale Baden-Württemberg

Mobile Endgeräte wie Smartphones oder Tablets sind integraler Bestandteil unserer modernen Welt geworden. Durch das rasante Wachstum effizienter Online-Angebote muss sich auch die öffentliche Verwaltung zunehmend den neuen Herausforderungen und Chancen stellen. Der Weg zu mehr Bürgernähe und neuen Nutzergruppen im E-Government führt dabei nicht an mobilen Anwendungen vorbei. Für die Akzeptanz beim Bürger ist entscheidend, wie gut die Vorgänge intern gesteuert und durchgängig abschließend bearbeitet werden. Doch wie lässt sich die „Alte Welt“ mit der Neuen vereinen?

Wissensmanagement 4.0 – Der Weg zur wissensbasierten Organisation. Bedeutung des Mitarbeiterportals und social media

Ulrich Zuber, Wissensmanagement und Kommunikation,
Wissensmanagementsystem OfficeNet, Bundesverwaltungsamt

Die Unternehmen und Behörden stehen unter einem dauerhaften globalisierten Veränderungsdruck und seit Jahrzehnten in umfassenden sich gegenseitig beeinflussenden Veränderungsprozessen. Das Arbeitssystem hat in seinen Grundzügen und –logik Bestand. Es hat aber an Themen und Komplexität sowie Abhängigkeiten und Vernetzung beträchtlich zugenommen. Nahezu jedes Modernisierungsthema wurde aufgegriffen und im Arbeitssystem veran-

kert: Aufgabenkritik, komplexe und globale Restrukturierungs- und Modernisierungsprogramme der Konzerne und ganzer Verwaltungsebenen, Organisations- und Prozessoptimierung, Privatisierungswellen mit Outsourcing und Rückführung, Ausbau der Kostenleistungsrechnung, Controlling, elektronische Prozesse und Akten oder übergreifende Servicemodelle wie Shared Services sind nur einige Begriffe. Managementmethoden konkurrieren in verschiedensten Variationen und Schnittmengen (u. a. Qualitäts-, Ideen-, Multiprojekt-, Informations- und Wissens-, Dokumentenmanagement) mit themenzentralisierten Ansätzen um den Innovationsvorsprung und die „Vorherrschaft im Wandel“.

Ob Bundes-, Landes- oder Kommunalverwaltung, überall sind die gestiegenen Anforderungen an die Arbeit der Verwaltungsmitarbeiter sowie die Arbeitsabläufe und Organisationsstrukturen in Behörden zu spüren. Der Weg zur wissensbasierten Organisation ist schon längst kein Thema mehr, das ausschließlich in Unternehmen diskutiert wird. Im Gegenteil: viele Behörden unterstützen ihr Wissensmanagement bereits durch den Einsatz von modernen Technologien, wie z.B. Mitarbeiterportalen. Nicht die Institution als abstrakte Konstruktion lernt. Jeder einzelne Beschäftigte setzt sich täglich mit den Veränderungen - neuen Prozessen oder IT-Systemen auseinander, berücksichtigt Maßgaben zur Effektivität und Effizienz und erfüllt nebenbei seine Arbeit.

Und hier zeigt sich eine neue Managementherausforderung: Wenn sich alles verändert, bleibt letztendlich alles gleich! Wandel benötigt eine besondere Steuerung und Sensibilität. Er wird derzeit jedoch ausschließlich in eindimensionaler Sicht an der Oberfläche der Institutionen betrieben, im Fokus stehen z. B. Prozesse, Ressourcen, Finanzen. Der Wandel muss im Kern jedoch die zentrale Strukturen, das Nervensystem der Institutionen und der grundlegenden Rahmenbedingungen sowie Managementprozesse berühren: Kommunikation, Vernetzung und Collaboration, wissensbasierte Arbeit, Wirkungs- und Ergebnisorientierung. Wandel erfordert ein mutiges und innovatives Management mit einem neuen Denken.

Da das Wissen in modernen Verwaltungen ständig wächst und ein wesentlicher Faktor für die Effizienz der Arbeitsergebnisse und Anforderungserfüllung ist, wird es immer wichtiger, dies zu sammeln, sinnvoll zu strukturieren, zielgerichtet zur Verfügung zu stellen und letztendlich wieder der gesamten Organisation insbesondere bei Arbeitsplatzwechseln und Personalfluktuation nutzbar zu machen.

In seinem Vortrag zeichnet Ulrich Zuber die Entwicklungslinien des Wissensmanagements nach und zeigt die entsprechenden Anpassungen und Weiterentwicklungen in internen Wissensportalen in den letzten Jahren auf. Dabei geht er der Frage nach, wie eine Verwaltung den Weg zur wissensbasierten Organisation erfolgreich gehen kann und wie man diese Entwicklung mit dem Mitarbeiterportal unterstützt. Dabei geht er unter anderem auf die Themen aktive und passive Personalisierung zur gezielten Bereitstellung von Wissen und Einsatz von Social Media Funktionen zur Vernetzung und Wissensaustausch der Mitarbeiter ein. Ein personalisiertes Mitarbeiterportal und darauf ausgerichtetes Wissensmanagement hat in diesem Wandel eine herausragende und zentrale Bedeutung. Der Beitrag zieht ein Zwischenfazit aus über 15 Jahren Wissensmanagement aus organisatorischer und technischer Sicht.